

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Eingelie Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgehaltene Zeile
jeite resp. deren Raum 1,- Mk.
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telephon-Nr. 98.

Überlieferte eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wischmann, Bochum. Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Wahrung Bergleute!

Laßt euch durch keine Eigenmächtigkeiten irre führen, sondern achtet nur auf die Anordnungen der Organisationsleiter. Weist die Disziplinlosen und Uneinigkeitsstifter entschieden zurück. Von den

Berbandsmitgliedern erwarten wir stramme gewerkschaftliche Disziplin, nur sie bringt der Arbeiterschaft Erfolg. Werbet jetzt überall neue Mitglieder, in allen Revieren sind noch Zehntausende zu gewinnen. Unsere Parole lautet: Unbedingte Einigkeit!

Unsere Forderung.

- Was prunkt und prahlt ihr mit dem Wohlfahrtskleid? — Gebt uns den Lohn, den vollen, unverfehrt!
- Wir wollen Recht nur und Gerechtigkeit, Nicht Bettelpenden, wie ihr sie gewährt. —
- Gebt uns den Lohn, den vollen, unverkürzt, Die ihr von unsrer Arbeit schwelgt und prahlt, Mit unsrem Schweize euren Frohsinn würzt, Doch selbst die Arbeit und die Mähen haßt. —
- Gebt uns den Lohn, der unsrem Fleiß gebührt, Nicht Billigkeiten auf dem Wohlfahrtsfeld — Wir, die im Schacht die Hand für euch gerührt, Wir wollen Löhnung, doch nicht Bettelgeld. —
- Genügend Lohn, der dem Gewinn entspricht, Den ihr aus unsrer Arbeit stetig prägt, — Genügend Lohn für die zu lange Schicht, Gerechtigkeit, die ohne Anfehn wägt. —
- Das ist es, was wir fordern immerzu, Was wir erstreben mit der ganzen Kraft, Was wir erkämpfen ohne Raft und Ruh, Und was allein den Dauerkfrieden schafft. —

den Zolltarif annahmen, hätten unchristlich gehandelt! So bricht sich auch in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften der Erkenntnis Bahn. Die christlichen Gewerkschafts-Kartelle von Karlsruhe und Frankfurt a. M. befaßten sich eingehend mit steuerpolitischen Fragen und verlangten in einer Resolution, die arbeiterfreundlichen Reichstagsabgeordneten sollten keiner Flottenvermehrung zustimmen, wenn die Kosten hierfür wieder auf die Schultern der Schwachen geladen würden. Man sieht, auch diese christlichen Kartelle betrachten Steuer- und Zollfragen als gewerkschaftliche Angelegenheiten. Der Bergarbeiterverband tut daselbe.

Die christliche „Metallarbeiterzeitung“ vom 24. März 1906 teilt mit, daß die Güterverkäufe nur höhere Summen einbringen. Das christliche Gewerkschaftsorgan schließt seinen Artikel:

„Daß den jetzigen Besitzern die Erhöhung der Getreide- u. Preise nicht mehr viel nützen kann, ist selbstverständlich. Den Vorkriegsbesitzern der vorhergehenden Besitzter schon abgeschöpft. Sie haben den Mehretrag notwendig, um die durch die teuren Anläufe entstandene Kapitalberlastung zu verjagen.“

Es wird nicht lange dauern und der größte Teil der neuen Besitzer wird wieder über die „Not der Landwirtschaft“ klagen und nach neuen Zollsteigerungen verlangen.

So kämen wir zu einer Zollschränke ohne Ende. Ob aber dadurch der Landwirtschaft zu helfen ist, dürfte doch mehr als fraglich sein.“

Wir sehen, auch dies christliche Organ gibt der Zöllner die Schuld an der Teuerung, beschäftigt sich mit der Zollpolitik. Am 14. April 1906 schrieb das Gewerkschaftsorgan:

„So wie die Verhältnisse für die Masse des Volkes bezüglich der Lebenshaltung heute sind, können sie nicht bleiben. Wie würde es aber aussehnen, wenn nicht die Arbeitererschaft es zum großen Teil verstanden hätte, mit Hilfe ihrer Organisation die Einkommensverhältnisse zu verbessern? Doch allein tuis die gewerkschaftliche Organisation auch nicht. Neben der Tätigkeit in dieser, bleibt uns immer noch die Pflicht zur Betätigung im politischen Leben des Staates und der Nation. Die jetzige Zeit der Teuerung weist uns von neuem darauf hin.“

Die „christlichen“ Holzarbeiter werden nach solchem Aufruf darüber nachdenken, wer die Schuld an dem Zollwucher und an der Lebensmittelteuerung trägt und wir glauben, das Zentrum wird dem „Holzarbeiter“ für die Veröffentlichung seiner Artikel nicht dankbar sein.

Aus Saarbrücken wird berichtet, dort habe sich der Pferdefleischkonsum kolossal vermehrt. Schon am 26. Oktober 1905 wurde der „Frankfurter Zeitung“ aus dem Oberhausen-Ostfeld der Bezirk geschrieben, infolge der Teuerung würden jetzt von den Kostgängern statt 40 bis 50 meistens 60 Mark Kostgeld pro Monat verlangt. In Goch am Niederrhein hat der katholische Arbeiterverein zu den „Segnungen“ des Zolltarifes Stellung genommen. Goch liegt an der holländischen Grenze. Früher haben sich die deutschen Grenzbewohner zollfrei Lebensmittel in kleinen Mengen aus Holland holen dürfen. Das Pfund Fleisch bekamen sie dadurch um 20 bis 35 Pfg. billiger. Dieser zollfreie Verkehr ist aber gesetzlich verboten worden — eine besondere „Segnung“ der Zollwucherer. Der katholische Arbeiterverein faßte eine Resolution, in der die Klagen über die Anfechtung des zollfreien Verkehrs geäußert wird, da der jetzige Zustand „zum Schaden der Arbeiter“ führe. Hätte man die armen Leute 1901/02 über die Tragweite des Zolltarifes aufgeklärt, sie würden ganz gewiß nicht ruhig geblieben sein. Jetzt haben sie die Verschleierung. Wer heute immer noch die Zollfrage aus der gewerkschaftlichen Erörterung ausschneiden will, handelt zum Schaden des arbeitenden Volkes.

Lebensmittelteuerung und Gewerkschaften.

„Nicht Luft und körperliche Kräftigung seien die Hauptkampfmittel gegen die Tuberkulose, wie überhaupt eine hygienische Lebensweise sowohl der Kranken wie der Gesunden, allgemeine Keimtötung und gute Ernährung, welche den Körper kräftigt. Jede Maßnahme, die den Menschen das Brot und das Fleisch verteuert, befördert die Tuberkulose, dagegen ist jede Maßnahme, welche eine billige Ernährung des Volkes bewirkt, ein Heilmittel im Kampfe gegen die Tuberkulose.“

Diese markanten Worte sprach Herr Geheimrat Medizinalrat Professor Orth am 13. Januar 1906 in einem Vortrag (den er über Entschleunigung und Verhütung der Tuberkulose (Lungenschwindsucht etc.) im „Deutschen Verein für Volkshygiene“ hielt. Man sollte diese Worte des berühmten Mediziners an allen Straßenecken aufschlagen lassen, in jeder Arbeiterwohnung unter Glas und Rahmen anbringen, damit alle Kameraden täglich lesen, welches Verbrechen sie begehen, wenn sie sich von der Gewerkschaftsorganisation fernhalten. Die fürchterliche Tuberkulose rafft jährlich Hunderttausende Menschen dahin. Luft und Licht, d. h. gesunde Wohnungen, Bekämpfung des Luftschadens in gasiger Tiefe und dampfenfabrikräumen sind neben der körperlichen Kräftigung durch gute, richtige Nahrung die besten Mittel gegen den Würgengel der Menschheit. Da aber die Gewerkschaft sich die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in jeder Beziehung zum Ziel gesetzt hat, muß sich jeder Arbeiter der Gewerkschaft anschließen, wenn er Luft, Licht und körperliche Kräftigung will.

„Das sind Zahlen, die deutlich genug zeigen, wie der Fleischmangel und die Fleischteuerung auf die Lebenshaltung des Volkes einwirkt, wo es sich mit minderwertigen Produkten und Surrogaten behelfen muß, und diese steigen noch enorm im Preise.“

Kein sozialdemokratisches, sondern ein Gewerkschaftsblatt fällt über die Ausnahmsverordnungen dieses verächtlichen Urteils. Seit April sind die Preise noch bedeutend gestiegen. Es ist also durchaus keine „sozialdemokratische Parteilagitation“, wenn wir über die volksfeindliche Zöllner und Grenzsperr schreiben, sondern wir handeln im wohlverstandenen gewerkschaftlichen Arbeiterinteresse. Wenn die Zöllner diese Agitation nicht paßt, weshalb haben sie den Zollwucher beschloffen?

Der deutsche Holzarbeiter, Organ der christlichen Holzarbeiter Deutschlands, schreibt in einem die Lebensmittelteuerung scharf beurteilenden Artikel unter anderem auch folgende Sätze, die sich andere „christliche“ Gewerkschaften merken mögen: „Darüber, was zu geschehen hat, um die Kalamität zu beseitigen, sind bereits die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Die Regierung, welche die Verantwortung für das Wohl und Wehe des Volkes trägt, sollte endlich zugreifen und nicht nur diese oder jene, sondern alle Mittel gebrauchen, auch solche, die nur etwa den Schein haben, als seien sie zur Abwendung der Sachlage geeignet. Helfen sie nicht, so hat wenigstens die Regierung ihre Pflicht getan. Die Arbeiterschaft verspricht sich eine Vinderung der Fleischnot insbesondere durch eine Öffnung der dänischen und holländischen Grenze für die Vieheinfuhr, sowie durch eine Beseitigung oder Herabsetzung des Viehzolles für das Vieh. Diejenigen, die einen internationalen Viehmangel vorhanden wissen wollen, können sicherlich nichts dagegen einwenden, da ja eine Schädigung der heimischen Landwirtschaft nicht eintreten kann. Außerdem bleibt zu berücksichtigen, daß wir einen Schutzoll haben, der dem das Recht aus die Erntez verliert, wenn er denjenigen, für die er geschaffen, nichts nützt, der Masse des Volkes aber schadet.“

Nach den Berechnungen der „Arbeitsmarktkorrespondenz“ waren zur Erhaltung einer vierköpfigen Familie notwendig 1900: 1062, 1905: 1142 Mk! 1905 stand der Lohn niedriger wie 1900, die Unterhaltungskosten der Arbeiterfamilien aber 80 Mark höher. Nun sind am 1. März 1906 die Handelsverträge mit den höheren Zöllen in Kraft getreten, daß die Nahrungsmittelpreise inzwischen noch höher gestiegen sind wie 1905, wird amtlich bestätigt. Zu der „Saarpfost“ (Zentrumsblatt) veröffentlicht ein Arbeiter seine Haushaltsrechnung. Es ist eine Familie von acht Köpfen, dafür sind pro Woche z. B. nur vier Pfund Rindfleisch und ein Pfund Speck berechnet, für acht Mäuler gewiß sehr wenig. Und doch braucht der betr. Arbeiter, um selbst diese ärmliche Lebenshaltung bestreiten zu können, täglich 5,37, monatlich 161 Mark! Der Durchschnittslohn der bestbezahlten Saarbergleute belief sich im zweiten Quartal 1906 auf 4,35 Mark pro Schicht. Ist es da ein Wunder, daß die Erregung über die nahrungsverteuernde Reichspolitik immer stärker wird? Und die Gewerkschaften sollten sich nicht darum kümmern? Was nützt denn den Kameraden eine durch die Gewerkschaft erreichte Vohnerhöhung von 15 Prozent, wenn die Zöllner die Nahrungsmittelpreise um 20 und 30 Prozent in die Höhe treibt?

Herr Geheimrat Professor Orth führt aber auch aus, jede Maßnahme, die dem Volke die Nahrung verteuere, fördere die Tuberkulose! Schon aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften gezwungen, Stellung zu den Zollfragen und den Grenzsperrern zu nehmen. Der Standpunkt, die Gewerkschaften hätten sich nicht um Zölle und Grenzsperrern zu kümmern, ist ebenso haltlos wie die Anklage der Unternehmer, nicht mit den Vertretern der Arbeiterorganisation zu verhandeln. Wie können die Gewerkschaften an der Lebensmittelzollpolitik achtlos vorübergehen, da feststeht, daß die höheren Zölle die Lebensmittelpreise erhöhen haben — wie klipp und klar die „Augsburger Postzeitung“ (Zentrumsorgan) zugibt — und dadurch schon Vorkämpfe und Lohnneerhöhungen erforderlich sind? Es handelt sich hierbei nicht um eine parteipolitische Angelegenheit, sondern um eine wirtschaftliche Frage von höchster Bedeutung für alle Arbeiter. Darum meinen wir, auch der Gewerkschaftsverein christlicher Bergleute solle nicht mehr abseits stehen, sondern mit in die Bewegung für eine volksfreundlichere Nahrungsmittelpolitik eintreten.

Eigentlich ist der Gewerkschaftsverein ja schon von seinem früheren Standpunkt abgewichen. Im Saargebiet beschäftigen sich Gewerkschaftsversammlungen ganz intensiv mit der Fleischteuerung und verlangen ein Eingreifen der Regierung zugunsten billigerer Nahrungsmittelbeschaffung. Warum nur im Saargebiet? Warum wird von einigen Gewerkschaftsvereinen im Ruhrgebiet gelächelt, wenn die Verbandsredner die Ursache der Lebensmittelteuerung erörtern? Wenn bei dieser Erörterung die Parteien, die 1902 den Zolltarif im Reichstag annahmen, nicht gut wegkommen, so liegt das doch nur an den betreffenden Parteien. In W.-Gladbach, Düsseldorf usw. ist ein von christlichen Arbeitern herausgegebenes Flugblatt verteilt worden, das dem Zentrum vor allen Dingen die Schuld an der Lebensmittelteuerung zuschiebt. In der Gewerkschaftsversammlung, die am 14. Oktober in Vorkau stattfand, führte der Verbandsleiter, Ausschussmitglied des christlichen Gewerkschaftsvereins, aus, der Zolltarif habe uns die Nahrung verteuert, die Reichstagsabgeordneten, die

Nach diesen Zollwucher und Grenzsperr beurteilenden Ausführungen des „christlichen“ Gewerkschaftsblattes gesteht man weiter zu, daß die Mietpreise immer mehr steigen und wird über den Wohnungswucher folgendes ausgeführt:

„Neben der Steigerung der Fleischpreise tritt allenthalben eine Erhöhung der Mietpreise in die Erscheinung. So muß die Statistik des Reichsanwaltes der Vorkämpfer feststellen, daß in den Vororten Berlins in den letzten vier Jahren die Mietpreise um 12—30 Prozent gestiegen sind. Im Westen Deutschlands weist die Bergarbeiterlöhne in der Zeit von 1880 bis 1906 eine Steigerung von 19,48 Prozent auf. Demgegenüber muß das Organ der Grubenbesitzer, „Glück auf“ darauf hinweisen, daß die Mieten der Werkwohnungen in derselben Zeit verhältnismäßig bedeutend mehr gestiegen sind. Der Mietpreis einer der besten, hübschen, gebliebenen zweistöckigen Werkwohnung stieg in genannter Zeit um 20 Prozent, während eine dreistöckige Wohnung sich um 50 Prozent im Preise erhöhte. Selbst die „Wohlfahrtsvereinstiftungen“ der Arbeitgeber werden demnach teurer für die Arbeiterschaft.“

Besonders beachtenswert für manche „christliche“ Gewerkschaftler, die nicht begreifen können, daß Zollpolitik aus Gewerkschaftspolitik ist, sind folgende Schlusssätze des „christlichen“ „Holzarbeiter“, die ausklingen damit, daß es nicht genug sei, sich gewerkschaftlich zu betätigen, sondern auffordert, sich auch politisch zu betätigen. Diese Zeilen sind wichtig genug, um sie vollständig wiederzugeben. Der „Holzarbeiter“ sagt seinen „christlichen“ Mitgliedern:

Die württembergische Regierung hat Erhebungen über die Teuerungsvverhältnisse veranstaltet. Das Ergebnis ist wahrhaft niederschmetternd für die agrarische Volksnahrungspolitik. Die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß die Fleischpreise im September 1906 gegen den Durchschnitt 1901/1905 um 12—21 Prozent höher waren!!! Auch die Preise für Brot, Milch, Butter, Mehl, Eier usw. sind verteuert. Nach diesen und nach einer Reihe anderer Feststellungen bespricht der amtliche Bericht den Einfluß der Preissteigerung auf den Haushaltsaufwand. Es wird hier auf eine frühere für 39 Gemeinden des Landes angestellte Untersuchung Bezug genommen, welche ergeben hatte, daß sich bei einer Gegenüberstellung der Preise vom Dezember 1905 und dem Durchschnitt der Preise von 1901—1904 der Aufwand einer fünfköpfigen Familie (Mann, Frau, drei nicht erwachsene Kinder) für Fleisch, Brot und Milch um durchschnittlich 59,40 Mark = 10,4 Prozent gesteigert hatte, wovon weitaus der größte Teil (50,20 Mk.) auf die Steigerung der Fleischpreise zurückzuführen war. Die jetzt erneut angestellte Untersuchung hat sich auf dieselben 39 Gemeinden erstreckt und die Preise im Durchschnitt der Jahre 1901—1904 den Preisen im Durchschnitt des September 1906 in Vergleich gestellt. Diese Vergleichung ergibt, daß die Verteuierung der Lebenshaltung hauptsächlich unter der Wirkung der erhöhten Fleischpreise, seit dem Vorjahr noch eine wesentlich größere geworden ist, denn sie berechnet sich im Durchschnitt der 39 Gemeinden auf 88 Mark =

18,4 Prozent, wovon 78,90 Mark auf die gestiegenen Fleischpreise und 14,10 Mark auf die gestiegenen Brot- und Milchpreise zurückzuführen sind.

Auch den Zentrumsabgeordneten wird es schon gruselig, jetzt, wo sie einsehen müssen, welchen Schaden die gesamte Arbeiterschaft durch die von den agrarischen Parteien einschleiftlich des Zentrums begünstigte Grenzsperrpolitik und die dadurch herbeigeführte Fleischsteuerung hat.

Der Antrag war von liberaler Seite gestellt. Die Empörung über die von den agrarischen Parteien einschleiftlich des Zentrums begünstigte Grenzsperrpolitik und die dadurch herbeigeführte Fleischsteuerung kommt auch in den Kreisen der katholischen Arbeiter und Kleinbürger vermehrt zum Ausdruck, daß die Kölner Zentrumsabgeordnete sich für angebracht hielt, für die Resolution einzutreten und ihr zuzustimmen.

In Straßburg beschäftigte sich auch unlängst der Gemeinderat mit der Lebensmittelverteilung. Es wurde in der Debatte festgestellt, daß in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1906 im Straßburger Schlachthaus 4000 Schweine weniger geschlachtet wurden als im gleichen Zeitraum des Jahres 1905, auch wurden 15000 Kilogramm Fleisch weniger eingeführt als im Vorjahre.

Nach all' diesem ist es unverständlich wie man von den Gewerkschaften verlangen kann, sie sollten sich nicht um die Ursachen der hartenden Lebensmittelverteilung kümmern. Das wäre ja gerade, als ob man das Haus beim Dach zu bauen anfängen wollte.

„Kann mehr als ein Drittel der gewerblichen Arbeiter lebt in befriedigenden Einkommensverhältnissen; die Hälfte kann leblich ankommen, wenn sie durch Krankheit und Arbeitslosigkeit nicht gefährdet wird; der übrige Teil lebt unter Bedingungen, die für den Unterhalt einer Familie, zur kräftigen Ernährung und hinreichenden Wohnung unzulänglich sind.“

Und wo derart himmelschreiende Volksarmut herrscht, da wagten es die „christlich-nationalen“ Parteiführer noch, dem Arbeitmann seine Wohnung enorm zu verteuern! Wer das gutheißen oder beschönigen will, soll sich vom Hund der Agrarier anwerben lassen.

Zur Lohnbewegung.

So will der Spitz aus unserm Stall uns immerfort begleiten, Und seines Wellens lauter Schall beweist nur, daß wir reiten.

Wie wohlüberlegt und klug die Vertreter der gemeinsamen Verbände am 26. Oktober handelten, als sie beschloßen, daß die vereinigten Verbände an ihren Forderungen festhalten und die Arbeiterausschüsse beauftragt werden sollen, diese Forderungen auf den einzelnen Zechen vorzutragen, beweist uns das Gezerter der Bergarbeiter über die getroffenen Maßnahmen.

Die „Münchener Zeitung“ besonders ist es, die sich gar nicht darüber beruhigen kann, daß die Organisationen das Heft nicht aus den Händen geben. Dieselbe Zeitung kann natürlich auch nicht an eine Sperre glauben.

bergamit beschloßen, in denen sie Maßnahmen für die Aufhebung der noch bestehenden Sperre und ein Verbot der Leber- und Nebenrichtern fordern. Diese Beschlüsse beweisen aufs neue, daß die Führer der Bergarbeiterverbände nicht befehle sein wollen.

Die „Münchener Zeitung“ möchte hier gar zu gerne das Versehen der Sperre betonen, indirekt gibt sie aber selbst zu, daß sie besteht, nur hat der Artikelschreiber der „M. Z.“ ein anderes Wort dafür gefunden: „Maßnahmen zur Einschränkung des Verlegenschaftswessels.“

In dieser Nummer der „M. Z.“ ist der Bericht einer am 30. Oktober stattgefundenen Gewerkschaftsversammlung der Zeche Altenhof enthalten. Der technische Direktor Gec, dieser Zeche, führte dort unter anderem aus: „Die Zeche leide an Arbeitsmangel infolge der Sperre.“

So verhält es sich, Herr Gec, und nicht anders! Damit ist auch zu gleicher Zeit die „Münchener Zeitung“ widerlegt, die in ihrer oben angeführten Nummer die Forderungen der Bergarbeiter wieder als Agitationsbedürfnis des alten Verbandes hinzustellen sucht.

Unverständlich bleibt es, daß der christliche Gewerbeverein diese Machtprobe mit ungeschicklichen Mitteln ohne jeden Vorbehalt mitmacht. Die Sitzung der Verbände der Bergarbeiterorganisationen, in der die genannte Resolution angenommen wurde, leitete der Führer des christlichen Gewerbevereins Gec.

Als unverständlich ist der „M. Z.“ das Verhalten des christlichen Gewerbevereins. Wenn die „M. Z.“ schrieb: „Die Spekulation der Unternehmer nur mit den Arbeiterausschüssen allein verhandeln zu wollen, mit Ausschaltung der Organisation ist zu Wasser geworden.“

Die „Münchener Zeitung“ besonders ist es, die sich gar nicht darüber beruhigen kann, daß die Organisationen das Heft nicht aus den Händen geben. Dieselbe Zeitung kann natürlich auch nicht an eine Sperre glauben.

den Organisationen noch zu stärken. Der Artikelschreiber der „M. Z.“ hätte sich, wenn er eines klaren Gedankens fähig ist, fragen müssen, daß der christliche Gewerbeverein keine Unternehmer- sondern eine Arbeiterorganisation ist.

Die „Münchener Zeitung“ polemisiert auch gegen den Beschluß der vereinigten Verbände, die Arbeiterausschüsse, die aus unorganisierten bestehen, nicht anzuerkennen, sondern dort Kommissionen zu wählen, welche die Forderungen den Zechenverwaltungen übermitteln sollen.

Es müßte der „M. Z.“ doch einleuchten, daß organisierte Arbeiter niemals unorganisierte Streikbrecher mit der Vertretung ihrer Forderungen beauftragen können. Wir stützen ja den Schmeiß der „M. Z.“ nach, wenn wir bedenken, daß durch diese Stellungnahme der Verbände den Unternehmern ein gut Teil ihrer ausgemachten Pläne über Bord fallen.

Vielleicht verhilft eine Notiz, gebracht von dem Proletarier aus dem Eulengebirge, zum Glauben. Diese Zeitung bringt unterm 30. Oktober eine Notiz unter der Schlagmarke Mülde (Niederfeldessen) und ist da folgendes zu lesen: „Hier wurden wieder 100 Mann mit einer Mark bestraft, weil sie am Sonnabend nicht zur Pflanzung gekommen waren.“

Wie reimt sich eine solche Antwort, die zwar vom Bergbauischen Verein des Ruhrgebiets ist, doch der von Oberschlesien gleich zusammen mit der Erklärung des Generaldirektors der Hohenzollerngrube, daß er gerne bewilligen wolle, aber nicht könne, da er überstimmt worden sei.

Wie reimt sich eine solche Antwort, die zwar vom Bergbauischen Verein des Ruhrgebiets ist, doch der von Oberschlesien gleich zusammen mit der Erklärung des Generaldirektors der Hohenzollerngrube, daß er gerne bewilligen wolle, aber nicht könne, da er überstimmt worden sei.

Wie reimt sich eine solche Antwort, die zwar vom Bergbauischen Verein des Ruhrgebiets ist, doch der von Oberschlesien gleich zusammen mit der Erklärung des Generaldirektors der Hohenzollerngrube, daß er gerne bewilligen wolle, aber nicht könne, da er überstimmt worden sei.

Sind wirklich Lohnerhöhungen eingetreten?

Die „Münchener Zeitung“ veröffentlicht den Bericht der Hauptversammlung der Harpener Bergbaugesellschaft. Es wird da mitgeteilt, daß die Dividende auf 11 Prozent festgesetzt ist.

Wie die Verhältnisse liegen, ist eine Fortsetzung der Steigerung der Löhne bei Anhalten der Konjunktur voranzutreiben. An die Möglichkeit einer sofortigen fünfprozentigen Erhöhung der Löhne glaubt wohl kein Arbeiter.

So die „Münchener Zeitung.“ Die Harpener Bergbaugesellschaft behauptet also, daß ohne Erhöhung der Kohlenpreise keine Erhöhung der Löhne möglich ist, auch will sie glauben machen, daß die Löhne bisher schon gestiegen seien.

Diese beschäftigte auf ihren Zechen im Durchschnitt 25 000 Arbeiter. Die Förderziffer ist auf 6 571 115 Tonnen Kohlen angegeben. Gingenommen wurden für Kohlen und Nebenprodukte 65 855 486 Mk., denen eine Gesamtausgabe von 48 217 234 Mk. gegenüberstanden.

Der Bericht gibt ja auch selbst zu, daß, was an Generalunkosten in diesem Jahre ausgegeben wurde, nicht durch erhöhte Löhne, sondern sonstige Unkosten, wie höhere Gehälter, höhere Steuern, Arbeiterwohnungen usw. ausgegeben wurde.

Es wurden davon 8942000 Mk. an Dividenden verteilt, das sind elf Prozent, man hätte aber ganz gut zwanzig Prozent verteilen können, aber um den Rebbach nicht zu hoch erscheinen zu lassen, verwendete man 8422980 Mk. zu Ausschreibungen. Das Geld ist den Herren Aktionären so sicher. Zahlungen verteilte man 322598 Mk. und brachte 234308 Mk. als Vortrag für das nächste Jahr in Anrechnung.

Was man den Arbeiterausschüssen antwortet!

Am 28. Oktober fand im Luisenthal (Saargebiet) eine Sitzung der Vertrauensmänner (Ausschüsse) unter Vorsitz des Herrn Inspektors Wellinger statt und wurde denselben mitgeteilt die Kgl. Bergwerksdirektion habe beschlossen, eine Lohnerhöhung von fünf bis sechs Prozent in Anbetracht der erhöhten Kassenbeiträge und der vorhandenen Teuerung einzutreten zu lassen. Die Bergwerksverwaltung habe das Ihrige getan, indem sie ab 1. November diese Lohnerhöhung einzutreten lasse, nun sei es an der Belegschaft das Ihrige zu tun um höhere Löhne durch angestrengteren Fleiß zu erreichen, denn dieser Fleiß werde manchmal vernichtet. Wenn es nicht die „Saarpfost“ mitteilen würde, könnte man diesen Bericht für Föhn ansehen, in dieser Zeit wo die Vergleiche und besonders auch im Saargebiet, arbeiten müssen, daß ihnen jede Faser bebt, erlaubt sich ein Herr zu sagen, wir vernichten manchmal den Fleiß. Man hat so quasi Faulheit vorkommen. Höhere Löhne sollen die Arbeiter bekommen d. h. wenn sie fleißiger sind. Man muß da an jenen Zeiger denken, der sagte: Bei mir braucht sich kein Arbeiter zu beklagen, denn je mehr Wagen Kohle er liefert, desto mehr verdient er. Denken denn solche Leute gar nicht daran, daß die Leistung eines Mannes auch eine Grenze haben kann und es dann einfach unmöglich ist, mehr Kohlen zu liefern? Doch lassen wir die „Saarpfost“ weiter berichten. Der Vertrauensmann B. führte Klage gegen den in einer Abteilung bezahlten Lohn vom letzten Monat, da in derselben der höchste Lohn der im Gedinge beschäftigten Hauer 4,00 Mk. betrug und herabging bis 4,48 Mk. Die Lohnzettel waren zur Stelle. Dieser niedrige Verdienst sei zurückzuführen auf die zum Teil schlechte Förderung, worauf er in der Ausschreibung im vergangenen Monat schon hingewiesen und gebeten habe, man möge den Leuten den Hauerdurchschnittslohn der Inspektion zahlen, weil dieselben ohne ihre Schuld nicht zu ihrem Lohne kommen könnten. Darauf erwiderte Herr Inspektor Weise, daß in der zweiten Hälfte des Monats hätte mehr geleistet werden können. Ausschuhmann B. erwiderte, daß er dieser Überzeugung nicht sei und kam dann auf ungleiche Belegung und auf verschiedene Dimensionen zu sprechen, für die aber gleiche Gedinge bestünde; darauf habe man früher beim Gedingebeschluß mehr geachtet. Der Vorsitzende meinte, das ungleiche Belegen hänge von der ungleichen Leistung ab. Also auch hier wieder, statt dem Versprechen einer Lohnerhöhung, den Vorwurf, die Leute hätten nicht genug geleistet, mit anderen Worten, seien faul gewesen. Wünsche auf Beschaffung besserer Tragbahnen wurden bemittelt. Als aber der Vertrauensmann der Halbe für die Ablader auch eintrat und höhere Löhne forderte, war man sofort wieder angeknüpft und erklärte, dort habe vor nicht langer Zeit wieder eine solche stattgefunden. Wieviel mag dies wohl gemessen sein? Ein anderer Vertrauensmann führte aus, man habe gehofft, auf der jetzt zugeprobenen Lohnerhöhung von 6 bis 7 Prozent wenigstens die schon einmal beantragte 10 prozentige Lohnerhöhung zu erhalten, da doch die Lebens- und Bedarfsartikel in letzter Zeit eine Steigerung von 20 bis 30 Prozent und höher aufwiesen. Damals habe schon die Belegschaft eine 15-prozentige Lohnerhöhung für nötig gehalten, doch habe der Herr Bergrat im Jahre 1904 den Reingewinn auf 17 1/2 Millionen, und die Löhne, die 55 Millionen ausmachten, in Verbindung mit dieser verlangten Aufbesserung gebracht und hervorgehoben, daß die 10-prozentige Lohnerhöhung 5 Millionen ausmache und den Reingewinn zu viel beeinträchtige. Sie gingen von dem Standpunkte aus, daß der Staat ebenso wie andere Industrielle einen Gewinn erzielen sollte; aber auch, als Bürger des Staates sollte ihre Existenz soviel wie möglich berücksichtigt werden. Daraus kam der Vertrauensmann noch auf eine gewisse Anerkennung von Herrn K. zu sprechen, die bei einer Festlichkeit über die Leistung der Saarbergleute gefallen sei. Die Vergleiche seien davon unangenehm herührt gewesen, worauf der Vorsitzende meinte, das gehöre nicht hierher. Da sich niemand mehr zu Wort meldete, wurde die Versammlung geschlossen.

Den Leuten wird eine solche Sitzung — wo man ihnen nicht nur keine Lohnerhöhung zuzugestimmt, sondern bei den erhöhten Knappschätzbeiträgen und der Teuerung kann man bei 5-6 Prozent absolut nicht von einer Erhöhung sprechen, sondern die Ablader überhaupt nichts mehr erhalten sollen — zum Ueberdruß. Es meldet sich niemand mehr zum Wort, da jeder überzeugt ist, daß man ihm entweder gar keine oder eine ungenügende Antwort gibt, und die Versammlung ist geschlossen. Der Arbeiterausschuss hat verhandelt und hat nun für gutes Einvernehmen zwischen Belegschaft und Arbeitgeber — hier ist es der Staat — zu sorgen. Ob es die Herren auch anderswo wagen werden, dem Arbeiterausschuss so gegenüberzutreten? Wir hatten recht, als wir die Bedeutungslosigkeit der Arbeiterausschüsse öfters schilderten.

Die „N. W. B. Ztg.“, die ja aus Unternehmerrreisen gut bedient wird, erklärt in einer Notiz unter Saarbrücken, die allgemeine Lohnerhöhung für die Bergleute wird von der Behörde schon seit Wochen vorbereitet, sie steht also in keinem Zusammenhang mit dem Vorgehen der Siebenkonmission, die auch der hiesigen Bergwerksdirektion ihre bekannte Forderung betreffend 15 Prozent Lohnerhöhung unterbreitet hat, oder der Agitation der christlichen Gewerkschaften unter den Bergarbeitern im Saarrevier.

„Daß du die Nase ins Gesicht behältst“, hätte Dufel Brückig zu dieser Auslassung der „N. W. B. Ztg.“ gesagt. Wir kennen das saarabische System zu genau, um zu glauben, daß, wenn die Lohnbewegung nicht gekommen wäre, die Bergleute auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung bekommen hätten. Es kann uns gleich sein, ob man gemachte Zugeständnisse dem Vorgehen der vereinigten Verbände zuschreibt oder nicht, die Hauptsache ist, daß bei den teureren Löhnen eine Lohnerhöhung erfolgt, und zwar sind wir der festen Überzeugung, daß eine solche von 5 oder 6 Prozent durchaus nicht den gesteigerten Profiten und der Verteuerung der Lebensmittel entspricht, noch dazu, wo schon ein Teil der Zulage für erhöhte Knappschätzbeiträge wieder ausgegeben wird. Der Staat insbesondere sollte mit gutem Beispiel vorangehen, um die Erörterung, die unter den Saarbergleuten herrscht, zu besänftigen. Es könnte sonst der Tag kommen, wo mit dem saarabischen System gebrochen werden muß, indem die Arbeiter ihrem Arbeitgeber zumuten:

Wir sind des Drucks müde, Wir treten ins Gericht, Zurück uns zu erkohren Das freie Menschenrecht!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums hat am 27. Oktober unter dem Vorstehe des Ministeren Willow stattgefunden. Die Herren Minister berieten über die Fleischsteuerung und über etwaige Maßnahmen zur Milderung derselben. — Was bei der Beratung herausgekommen ist, wird den „Unterthanen“ nicht mitgeteilt. Jedenfalls wird es auch nicht mitzuteilen geben, denn die Herren Minister werden sich hüten, den sonstigen Zeitungen und Agrariern den Rebbach zu schmälern.

Gegen die Fleischnot. In einer vogtländischen Stadt forderte ein Lehrer als Stadtvorsteher deswegen eine Eingabe an die Regierung mit größter Beschleunigung, weil eine Herabsetzung der Fleischpreise dringend notwendig sei, wie die bei der letzten am Orte vorgenommenen Untersuchung der Schulkinder erwiesene Tatsache beweise, daß die meisten Kinder an Unterernährung leiden. Diejenigen, welche für den Winderzoll, für die Grenzzerre, eingetreten sind, dazu gehört auch das Zentrum, tragen die Schuld, daß schon die Kinder unter der Lebensmittelverteuerung leiden, b. h. schwach und elend werden. Ob diesen Leuten nicht die Schamröbte ins Gesicht steigt, wenn sie solche Anklagen hören?

Die agrarische Unverschämtheit kam so richtig zum Ausbruch im landwirtschaftlichen Verein zu Reichensbach, wo die Umfrage der Amtshauptmannschaften von Mauen und Nierbach (Königreich Sachsen) betreffend die Lebensmittelsteuerung zur Sprache kam. Oekonomierat Schaefer führte aus, die Höhe der Fleischpreise rechtserweise sich dadurch, daß heute eben alle Lebensmittel und Bedarfsartikel teurer geworden seien. Man müsse sich mit dieser Tatsache abzufinden suchen. Sehr zur Verteuerung trügen die hohen Schlachthofgebühren bei. Auch sei der Fleischkonsum gegen früher geringer geworden, wodurch die Preise bei nicht genügendem Vorrat höher geworden seien. Jetzt werde nur La-fleisch gegessen. Man sei eben überempfindlich geworden. Oekonomierat Wode in Gelsdorf behauptete, der Amisdenhandel und die Einrichtung der Schlachthöfe verteuere das Fleisch. Jetzt begehre sich kaum noch ein Fleischer auf's Land, da man lieber beim Händler, als vom Landwirt direkt kaufe. Justizminister Dr. Mehl meinte auch, daß die Höhe der Fleischpreise ein natürlicher Vorgang und eine Folge schlechter Futterjahre sei. Im Vogtlande sei übrigens ein Sinken der Viehpreise zu erwarten, da die Ställe oft versorgt seien. Generalsekretär Raubold erklärte, wer La-fleisch essen wolle, der müsse es auch bezahlen. In einem waren die Herren alle einig: Daß die Deckung der Grenzen unzureichend sei, ja gefährlich! Die Nachbarländer hätten auch keinen Lebensfuß an Schlachtwiech. Von ihnen seien nur Seuchen zu erwarten. Also, ihr Arbeiter, findet euch mit der „Tatsache“ der Fleischnot ab und schmeißt den Schmachtriemen fester um den Leib. Warum seid ihr auch so „überempfindlich“, und wollt immer nur „La-fleisch“ genießen! Die Herren Oekonomierate begnügten sich sicher nur mit minderwertigen Fleisch und Abfällen.

Die katholischen Arbeiter wachen auf! Schon längere Zeit gähre es in den Reihen der katholischen Arbeiter am Rheberstein, doch war die Opposition nicht stark genug, um sich an die Öffentlichkeit zu wagen. Jetzt aber scheint sich ein täglich erscheinendes Zentrumsbblatt, der „Glabbacher Merkur“, den „Möbellen“ zur Verfügung zu stellen. Wenigstens politert derselbe in der letzten Zeit gegen die Zentrumspolitik los und stellt auch keine Spalten den organisierten katholischen Arbeitern zur Verfügung. Der Vorsitzende des christlichen Zentralarbeiterverbandes, Bezirk Krefeld, forderte in einer großen Versammlung katholischer Arbeiter unter dem Jubel der Anwesenden, die Abtretung einer Anzahl Mandate für den Reichstag, sowie für den Landtag, bei der nächsten Wahl an die Arbeiter. Würde die Zentrumspolitik dieser Forderung nicht nachkommen, so könne sie etwas erleben, drohte der Oppositionsmann. Schlimmer noch ging es in M. Glabdach her, in einer Versammlung katholischer Arbeiter wurde die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts für den Landtag, sowie die Abschaffung der indirekten Steuern verlangt. Außerdem wurde die Leitung der Versammlung beauftragt, in einem Flugblatt die Forderungen zu präzisieren. Das Flugblatt ist nun als scharfe Kritik an der Zentrumspolitik erschienen. Hier wird darauf hingewiesen, daß die katholischen Arbeitervereine M. Glabbachs den Vorstand der Zentrumspartei ersucht hätten, den Arbeitern eine entsprechende Anzahl Sitze in der Zeitung zu gewähren. Nach längerer Zeit habe der Vorstand erklärt, er lasse sich von den Arbeitern keine Vorschriften machen. Dann werden der Zentrumspartei Vorwürfe gemacht, daß sie überall den Arbeiter zurücksetze und ihn nur als Stimmvieh benutze. Durch die agrarfreundliche Politik des Zentrums müsse das arbeitende Volk das Fleisch entbehren. Es sei festzustellen, daß Viehsuchen im Inlande stärker gefährlicher als im Auslande, trotzdem sei das Zentrum für Aufrechterhaltung der Sperre, nur, um das Fleisch zu verteuern.

Im Einvernehmen mit der Regierung habe die Zentrumspartei dem arbeitenden Volke die Lebensmittel durch Erhöhung der indirekten Steuern und sogenannten Schutzzölle verteuere; die Vorkosten für das Deutsche Reich habe sie um größter Teil auf die Schultern des armen Volkes abgewälzt. Schon der Abgeordnete Erzberger habe dieses in einem Aufsatze, den er in der Sozialen Kultur, Jahrgang 1905, Heft 11, veröffentlichte, anerkannt.

Das Zentrum habe alles bemittelt, was zum Schaden der Arbeiter ausgeschlagen sei, es habe dem Grundgesetz „Schutz den wirtschaftlich Schwachen und ausgeblende Gerechtigkeit“ nicht beachtet. Vor jeder Landtagswahl heiße es in dem Wahlaufsatz, das Zentrum trete ein für Abschaffung des elendesten aller Wahlssysteme, des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Nichts habe es getan, sich Versprechen nicht gehalten, sich von einer Volkspartei zu einer agrarisch-reaktionären Regierungspartei durchgemauert. Das beweise am besten die Zusammenfassung der Reichstagsfraktion, unter 100 Abgeordneten befänden sich nur ein Arbeiter, die anderen seien alle Angehörige der bestehenden Klasse, außerdem ein Duzend Freireisende, drei Grafen und ein Prinz.

Es heißt dann weiter, daß während des Kulturkampfes das wertvollste Volk hinter den Abgeordneten und hinter der Geistlichkeit gestanden habe. Das arme katholische Volk und die arme Witwe habe die Geistlichen unterstützt, als ihnen während des Kulturkampfes das Gefäß gesperret wurde. Zum Dank habe man nun dem arbeitenden Volke alle Lebensmittel verteuert. Es wird nun von den Opponenten gefordert: Die Zentrumspartei solle für Aufhebung der indirekten Steuern auf die notwendigen Lebensmittel und für Einführung einer Reichseinkommensteuer resp. Vermögenssteuer eintreten. Weiter soll die Zentrumspartei für Aufhebung des preussischen Dreiklassenwahlrechts eintreten.

Dann wird die Berücksichtigung der Arbeiter bei Vergebung der Mandate zum Reichstag, Reichstag und Landtag gefordert. In allen betriebl. und Kreisleitungen soll eine genügende Anzahl Arbeiter vertreten sein. Eine freie Aussprache soll in allen Zentrumsversammlungen gewährt werden.

Er muß es wissen. Daß die „Wohlfahrtsvereine“ von den Unternehmern nur geschaffen werden, um die Arbeiter besser ausbeuten zu können, bestätigt ein Herr Panisch in Kattowitz. Derselbe hielt auf der letzten Tagung der Gesellschaft für Gartenkunst einen Vortrag über Arbeiterwohnungen. Dieser Herr ist von den Industriearbeitern Obereschleiens engagiert, um als Fachmann die Anlagen von Arbeiterwohnungen bezw. deren Gartenanlagen zu projektieren. Als zweifelhafte guter Bekannter der dortigen Großindustriellen kennt er den Grund der Industriellen zur Schaffung von Arbeiter-„Wohlfahrts“-einrichtungen sehr gut, und hören wir nun, was dieser Herr über die Arbeiter-Wohlfahrtsvereine sagte:

Die Klage über Arbeitermangel in der Landwirtschaft und in den Industriezweigen, wo es die Verhältnisse (?) nicht gestatten, die Löhne zu bezahlen, die in den Städten bezahlt werden, ist alt. Trotz der Heranziehung (billiger) ausländischer Arbeiter verstimmen diese Klagen über Mangel an Arbeitskräften nicht. Dieser Kalamität sucht man nun aberorts abzuweichen, indem man die Arbeiter seßhaft zu machen sucht durch Schaffung von Arbeiterwohnhäusern. Dadurch ist es der Industrie gelungen, einen Stamm von festen Arbeitern heranzuziehen. Sie sind nach und nach mit ihrem Grund und Boden verwachsen und werden zufrieden in ihrem teuren Heim. Zufrieden heißt in der Unternehmersprache: billig. Mit anderen Worten: Die Arbeiter werden mit der Zeit zu Knechten. Auch dieses bestätigt Herr Panisch, indem er ausführte: Diese Arbeiter-Wohlfahrtsvereine, die Arbeiterkolonien geben dem Arbeitgeber aber auch eine gute Kontrolle über seine Arbeiter. ; diese Arbeiterwohnhäuser sind also ein sehr wichtiger Faktor für den Unternehmer. Es kann nicht geleugnet werden, daß dieser Herr Panisch gut informiert ist, und sein Geständnis ist um so wertvoller, weil er nicht in den Verdacht kommen kann, ein Agitator der Arbeiterfrage zu sein.

Die Sklaverei der Landarbeiter. Im Anschluß an die Meldung, daß von der westpreussischen Landwirtschaftskammer die Einführung von chinesischen Kulis verlangt wird, schreibt man dem „Vordröck“: Der landwirtschaftliche Verein Breslau (in Westpreußen) fordert den Import von Chinesen und zugleich „wirksamere“ Mittel gegen den Kontraktbruch ausländischer Landarbeiter. Er hat angeführt die Arbeiterverhältnisse auf dem Lande infolge der Auswanderung ganzer Familien nach den Industriegebieten und großen Städten ein Rundschreiben an sämtliche landwirtschaftlichen Vereine der Provinz Westpreußen gerichtet mit dem Ersuchen, die Bitte an die Landwirtschaftskammer zu richten, gemeinsam mit den anderen Landwirtschaftskammern bei der Staatsregierung unter Vorlegung der Gründe in dringender Weise dahin vorstellig zu werden, daß gegen den Kontraktbruch ausländischer Landarbeiter wirksamere Mittel als bisher in Anwendung gebracht werden, durch welche die Arbeiter und nicht wie bisher die Arbeitgeber getroffen werden, daß insbesondere auch sofortige Inhaftnahme der Kontraktverletzlichen ausländischen Arbeiter verfügt werden kann und daß ferner die Einführung von Chinesen auf bestimmte Felder gesteuert wird. Der reaktionäre Wunsch, Chinesen nach Ostpreußen zu schaffen, ist nicht neu; er ist 28 Jahre alt. Da man in diesem Jahre aber schon Neger eingeführt hat, so ist es nicht unmöglich, daß auch die Kulis noch bei uns importiert werden. Trägt man weiter noch dem Ansinnen der Agrarier, die ausländischen Landarbeiter bei Kontraktbruch sofort verkaufen zu lassen, Rechnung, dann würde die regelrechte Sklaverei in Preußen herrschen. Selbstverständlich würde dann die Leutenot nur noch größer werden, wie bisher. Die Polen, Galizier und Ungarn würden sicherlich nicht nach Preußen kommen.

Dies unverschämte Verlangen der Junker nach neuen Ausnahmeregeln gegen die ländlichen Arbeiterverhältnisse unter Aufhebung der gegen die Landproletariat schon bestehenden Ausnahmefetze besonders dringend.

Ein arbeiterfreundlicher Erlass des Eisenbahnministers Breitenbach wird soeben amtlich bekannt gegeben. Die Kündigung und Entlassung der zur ständigen Beschäftigung angenommenen Eisenbahnarbeiter aller Dienstzweige soll nach früheren Erlassen nur aus zwingenden Gründen vorgenommen werden, unter keinen Umständen wegen Verkehrs-Niederganges, Verminderung der Rüge usw. Der Minister macht es den Eisenbahndirektionen nunmehr bereit zur Pflicht, darüber zu wachen, daß seitens der Inspektionen und anderen Dienststellen danach verfahren werde und daß solche Arbeiter im allgemeinen nur dann entlassen werden, wenn sie sich großer Verstöße gegen die Dienstpflichten schuldig machen oder wenn sie dauernd dienstunfähig werden. In letzteren Fälle sollen die Dienstvorsteher aber gleichzeitig dafür sorgen, daß wegen Wahrung der den Arbeitern gegen die Betriebskrankenkasse oder auf Grund des Unfall- usw. Versicherungsgesetzes zustehenden Ansprüche die nötigen Schritte getan werden. Um die Direktionen in die Lage zu versetzen, sich dauernd über das seitens der Dienststellen in dieser Hinsicht geübte Verfahren zu unterrichten, bestimmt der Minister, daß für die Beschwerde, welche den Arbeitern über ihre Entlassung zusteht, die königlichen Eisenbahndirektionen zuständig sein sollen. Von diesen sofort in Kraft zu setzenden Bestimmungen ist allen Arbeitern in zuverlässiger Weise Kenntnis zu geben. — Nun, die Herren werden immer noch Mittel und Wege finden, unglückselige Arbeiter vom Staatsdienst zu befreien.

Das Ergebnis der Volkszählung am 1. Dezember 1905 wird nun auch in kleinen Einzelheiten bekannt gegeben. Es wird unsere Kameraden interessieren, die konfessionelle Zusammensetzung der preussischen Bevölkerung kennen zu lernen. Hier die Tabelle:

Regierungsbezirk	Ortsanwese Bevölkerung am 1. Dez. 1905	Davon waren:				
		Evangelische	Katholiken	Anderer Christen	Juden	Anderer und ohne Angabe
Königsberg	898 427	756 958	121 255	7 870	7 293	56
Gumbinnen	608 485	584 609	9 907	5 627	8 430	12
Allenstein	538 284	379 103	147 028	4 284	2 830	10
Danzig	700 312	349 817	348 185	11 014	5 247	49
Marienwerder	982 484	414 002	501 381	5 240	10 892	10
Stadtkreis Berlin	2 040 148	1 605 251	223 948	10 140	98 808	2 016
Potsdam	2 320 885	2 108 866	171 825	17 001	36 107	1 036
Frankfurt	1 202 021	1 134 841	58 774	4 580	4 320	57
Stettin	857 807	823 498	28 185	5 322	5 752	40
Köslin	606 070	581 500	18 655	2 258	8 641	7
Stralsund	220 449	211 548	8 896	249	207	24
Bolzen	1 262 072	310 851	932 071	847	19 302	11
Bromberg	723 065	594 061	415 887	2 080	11 041	10
Breslau	2 778 840	1 018 198	727 121	4 022	23 548	84
Wienig	1 138 141	924 060	200 808	4 350	8 860	68
Oppeln	2 285 091	1 78 105	1 837 465	5 607	19 439	25
Magdeburg	1 252 849	1 109 692	71 288	5 800	8 024	109
Merseburg	1 256 465	1 202 081	47 382	2 800	2 205	88
Erfurt	497 907	387 455	107 190	1 800	1 021	27
Schleswig	1 504 248	1 454 526	41 227	4 834	8 270	391
Hannover	694 779	633 139	51 674	3 008	6 854	100
Hildesheim	551 040	459 008	90 077	1 354	2 582	50
Münster	507 104	485 428	18 732	1 882	1 020	92
Stade	403 302	387 199	14 412	740	874	77
Snanabrück	348 653	161 351	185 517	201	1 485	9
Murich	251 680	235 652	10 225	2 090	2 766	27
Münster	818 054	135 335	677 822	1 032	3 810	40
Minden	687 084	452 807	227 904	1 454	4 895	24
Arnsberg	2 112 052	1 145 271	930 537	15 985	12 049	113
Kassel	955 238	773 803	158 524	4 518	17 495	08
Wiesbaden	1 114 819	646 244	426 844	8 012	32 521	598
Hannover	723 676	239 908	472 378	2 888	8 348	64
Düsseldorf	2 098 243	1 227 346	1 718 900	22 067	19 444	577
Köln	1 141 398	200 749	920 839	3 768	16 260	282
Trier	931 016	182 618	740 952	473	6 048	25
Wachen	650 604	26 871	618 980	208	4 408	87
Signaringen	68 282	3 040	64 770	1	400	2

Ein Vergleich der Bevölkerungs- mit der Gewerkschaftsstatistik zeigt: daß die christlichen Gewerksvereine nur in nennenswerter Weise Mitglieder besitzen in den überwiegend katholischen westdeutschen Landstrichen. In den überwiegend evangelischen Landesteilen können die M. Glabbacher trotz aller Anstrengung keinen Fuß fassen, was ganz natürlich ist.

Soziale Rechtspflegung und Arbeiter-Versicherung.

Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an. Die Wahrheit dieses Sprichworts zu erproben, hatte der Ausschuss des Wanderverbandes für die Provinz Brandenburg Gelegenheit. Der Sachverhalt war folgender: Auf dem Stettiner Bahnhof war am 22. Juni d. J. ein Transport böhmischer Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter für Greifswald eingetroffen, um dort als Ersatz für die Ausländigen Verwendung zu finden. Auf erhaltene Meldung hin begab sich Knüpper nach dem Bahnhofe, wo er erfuhr, daß die Böhmen bereits von anderer Seite darüber aufgeklärt worden waren, welche unwürdige Rolle man ihnen zumute. Daß sie sich unter diesen Umständen inerten, die Weiterfahrt nach Greifswald anzutreten, dürfte man verstehen. Es blieb daher dem Kameraden Knüpper nur noch übrig, ihnen bei der Heimreise behilflich zu sein. Daran wurde er indes gehindert durch den inzwischen herbeigekommenen Streikbrecheragenten und einen Maurermeister Kersten aus Greifswald, die alles aufboten, die Angeordneten zur Fahrt nach Greifswald zu bewegen, möglichen Knüpper darauf bestand, daß die Leute ihr ihm gegebenes Versprechen, nicht nach Greifswald fahren zu wollen, auch einlösten. Die Transporteure wollten sich ihre mit unendlichen Mühen erjagte Beute aber nicht tauben lassen, sie requirierten einen Schuhmann, und dieser machte den Auseinanderlegungen durch die Eistrierung Knüppers ein Ende. Eine Anklage wegen groben Unfugs war die Folge. Am 8. Oktober stand Termin vor dem Schöffengericht in Berlin an. Interessant ist nun, zu erfahren, worin das Vergehen des groben Unfugs erblickt wurde. Nach der Betandung eines als Zeuge vernommenen Schuhmanns war es die Art und der Ton gewesen, wie Knüpper mit den Böhmen verkehrt habe; sein Auftreten habe die letzteren in Angst versetzt, so daß sie sich gefürchtet hätten. Das schien aber selbst dem Gerichtshof nicht einzuleuchten, daß ein einzelner Unfug sein sollte, ohne ganzen Kolonne eine so heillose Furcht einzujagen. Und ohne Zweifel traute er dem Knüpper den des Ungefugten.

ein Mann von nicht weniger als hundertfünfzig Jahren — er erkrankte an der Grippe kaum das mittlere Lebensalter — eine solche Wirkung nicht zu. Den Antrag des Angeklagten auf Vernehmung eines weiteren Zeugen lehnte das Gericht ab und diesen selbst sprach es frei in der Annahme, daß die Leute sich ihrer Weiterfahrt nur deshalb widerwehrt hätten, weil sie fürchteten, es könnte ihnen in Größspäth etwas geschehen.

Ein nettes Schicksal des „heiligen“ Bureaukraten

berichtet die „Sächsische Arbeiterzeitung“. Einem Toten die Invalidentenrente verweigert, weil — er gesund ist. Einen blühenden Mann kann es wohl nicht geben. Und doch hat es das Schicksal dem unglücklichen Arbeiter zugebracht, daß man getrost diese gegenständlichen Tatsachen in logischem Zusammenhang bringen kann. Und das ging so zu. In Meuntrichen bei Saargemünd beanspruchte ein vor einem halben Jahre pensionierter Arbeiter die Invalidenrente, die ihm aber verweigert wurde, da er nicht dem Gesetz gemäß arbeitsfähig sei. Dabei konnte der Mann, als er in Größspäth seinen Anspruch persönlich bei der Landesversicherungsanstalt erhob, nicht gehen, sondern mußte in einer Droschke von Meuntrichen nach Saargemünd gefahren werden. Mit seinem Anspruch abgewiesen, klagte er nun beim Schlichtergericht für Arbeiterverpflichtung in Weip, welches ihn die Rente ebenfalls verweigerte, da er für gesund erklärt sei; er solle arbeiten. Und dabei ist der Mann — seit sieben Wochen tot.

Aus unferen Rechtsjuris-Bureaus.

Frequenz des Bochumer Arbeitersekretariats im dritten Quartal 1906. Zahl der Beschäftigte 78. Gesamtzahl der erzielten Quittungen 1270, davon mündlich 1225, schriftlich 45. Wiederholte Besuche in derselben Sache 297. In den Besuchen waren beteiligt: Mündliche Personen 1208, weibliche Personen 65, Korporationen 7, organisiert waren 1188, nicht organisiert 187, von Bochum 474, von außerhalb 806. Von den Besuchern waren Arbeitnehmer 1208, Gewerbetreibende 12, Korporationen 7, sonstige Personen 48. Gesamtzahl der registrierten Schiffsätze 625, davon entfallen auf Unfallversicherung 178, Krankenversicherung 8, Knappschaftssachen 42, Invalidenversicherung 10, Arbeits- und Dienstvertrag 85, Bürgerrecht und Staatsangehörigkeit 87, Straf- sachen 84, sonstige Sachen 100. Der resp. Lebensstellung der Besucher a. aus dem Arbeitnehmerstande (mündliche): Bergarbeiter 384 (84,7) (die eingeklammerten Ziffern bedeuten die Zahl der jeweils Organisierten), Bauhilfsarbeiter 18 (11), Wäcker 1 (1), Barbierer 1 (1), Buchbinder 4 (4), Buchdrucker 18 (18), Brauer 11 (11), Dachdecker 10 (10), Eisenbahner 1, Fabrik- und Handarbeiter 2 (1), Gasmotorschiffen 2 (1), Holzarbeiter 23 (21), Kasser 7 (7), Maler 4 (4), Maurer 78 (98), Metallarbeiter 50 (47), Müller 2 (1), Schmiede 3 (8), Schneider 12 (11), Schuhmacher 1, Sulfurater 18 (18), Tagelöhner 3, Transporthelfer 2 (1), Zimmerer 2 (2), Sonstige 5; b. weibliche: Dienstmädchen 8, Ehefrauen, Handlungs- gehilfinnen 8, Witwen 26, c. Gewerbetreibende: Agenten 1, Gastwirte 3, Handeltreibende 4, Schneider 1, Schuhmacher, Schreiner 1, Barbierer 1, d. Korporationen 7. In materieller Beziehung verteilen sich die Fälle wie folgt: Arbeiterversicherung: Unfallversicherung 388, Krankenversicherung 25, Knappschaftswesen 87, Invalidenversicherung 43, Summa 523. Arbeits- und Dienstvertrag: Kündigung 22, Lohnforderung 150, Befristungs-Vertrag 4, Gesundheitsverhältnisse 14, Arbeitervertrag 5, Zeugnisse und Legitimation 8, Sonstiges 38, Summa 241. Bürgerliches Recht: Forderungen 82, Kauf 8, Abzahlung 1, Ehe und Verlobnis 9, Unterhaltspflicht 24, Vormundschaftssachen 5, Erbschaftssachen 3, Mietsrecht 49, Schadenersatz- und Haftpflicht 5, Lohnbeschlagnahme 2, Pfändung 2, Bilanzprozeduren 25, Sonstiges 37, Summa 252. Strafrecht: Koalitions- recht 5, Uebertretungen 18, Beleidigungen 18, sonstige Straffachen 16, Strafprozeduren 66, Summa 118. Gemeinde- und Staatsbürger: Steuerlagen 65, Staatsangehörigkeit 15, Armenangelegenheit 3, Zivilerziehung 2, Schul- und Kirchenfachen 17, Wahlangelegenheiten 1, Militärsachen 10, Sonstiges 7, Summa 120. Arbeiterbewegung: Privat-Ver- sicherung 8, Handels- und Gewerbeschaffen 6, Diverses 1, Summa 15. **Postgang:** Briefe 450, Karten 245, Druckfächer 110, Summa 805. **Zur Beachtung!** Da des Älteren Mitgliedes aus Zahlstellen zu uns kommen oder von Verbandsfunktionären zu uns geschickt werden, die einem anderen Sekretariat resp. Rechtsjurisbureau angehören, seien die Zahlstellen, die dem V. d. u. m. e. Arbeitersekretariat angeschlossen sind, hiermit bekannt gemacht. Es sind dies die Zahlstellen Altenbochum, Bochum I, II, III, IV, V, VI, VII und VIII, Wammern, Werdenscheid, Wankenstein, Dahlhausen I und II, Dahlhausen-Ehrsteden, Eppendorf, Söbörn, Eisinghausen, Gerthe, Harpen, Hahlinghausen, Gattlingen, Serbede, Heven, Hiltrop-Bergen, Holzwege, Hordel, Hothausen, Hiltrop, Kalkenhardt, Kangerbreer, Laer, Linden, Nieder-Sprockhövel, Ober-Sprockhövel, Ostholz, Querenburg, Riemke, Somborn, Stoppel, Stodum, Vormholz, Durchholz, Wengern, Werne, Westserbede, Wilmnar I und II, Witz und Witten. Wer sich und uns Unannehmlichkeiten ersparen will, der beachte obiges.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der Geschäftsbericht des rheinisch-westfälischen Kohlen- syndikats

welkt für die ersten drei Quartale 1906 eine sehr bedeutende Erhöhung des Absatzes auf, auch wenn man den Förderausfall während des vor- jährigen Streiks in Abzug bringt.

Der rechnungsmäßige Absatz hat betragen von Januar bis einschl. September:

im ganzen 1906 bei 225% Arbeitstagen	49 115 961 T.
im ganzen 1904 bei 228 Arbeitstagen	42 062 613 "
mithin 1906 gegen 1904	+ 7 053 348 T.
1906	= 217 568 "
1904	= 186 118 "

1906 gegen 1904 + 31 450 T. = 16,90 Proz.

Von der Beteiligung, welche sich bezifferte 1906 von Januar bis September auf 57 859 180 T., 1904 auf 54 961 913 T. sind demnach abgesetzt worden 1906 = 85,63 Proz., 1905 = 77,20 Proz., 1904 = 76,53 Proz.

Vom Absatz entfallen auf:

Selbstverbrauch für Kokerien, Bricket- anlagen u.	13 472 693 T. = 28,29 Proz.
Landbedarf für Rechnung der Bechen und Deputatshöfen	995 561 " = 1,78 "
Lieferungen auf alte Verträge	711 586 " = 1,24 "
Verband für Rechnung des Syndikats	33 936 121 " = 58,92 "

Sa. des auf die Beteiligung anzu- rechnenden Absatzes

49 115 961 T. = 85,28 Proz.

Selbstverbrauch für eigene Betriebszwecke der Bechen

2 435 222 " = 4,22
6 044 671 " = 10,50

Sa. des Gesamtabsatzes der Syndikats- arbeitsstätten

57 859 854 T.	
gegen die Zeit von Januar bis September.	
1904 mehr	36 342 " = 16,77

Der Verband einschl. Landbedarf, Deputat und Lieferungen der Güttenechen an die eigenen Güttenechen betrug an Kohlen, Koks und Bricketts in Summa 52 381 599 T., hiervon für Rechnung des Syndikats 44 058 481 T., arbeitsmäßig an Kohlen, Koks und Bricketts in Summa 282 094 T., hiervon für Rechnung des Syndikats 197 822 T.

Der arbeitsmäßige Gesamt-Verband ist gegen das zweite Vierteljahr 1906 in Summa um 21 T. = 0,01 Proz. gestiegen, gegen das dritte Vierteljahr 1905 um 17 710 T. = 8,33 Proz. gestiegen, gegen die Zeit von Januar bis September 1904 um 33 960 T. = 16,83 Proz. gestiegen.

Der arbeitsmäßige Gesamt-Verband für die Bechen des Syndikats ist gegen das zweite Vierteljahr in Summa um 2 T. = 0,12 Proz. gestiegen, gegen das dritte Vierteljahr 1905 um 13 169 T. = 0,23 Proz. gestiegen, gegen die Zeit von Januar bis September 1904 um 34 212 T. = 20,92 Proz. gestiegen.

Die Förderung stellte sich insgesamt im dritten Vierteljahr auf 19 626 408 T. oder arbeitsmäßig auf 251 021 T., gegen das zweite Vierteljahr 1906 weniger 1 090 T. = 0,43 Proz., gegen das dritte Vierteljahr 1905 mehr 19 491 T. = 8,40 Proz., von Januar bis einschließig September insgesamt 57 529 496 T., arbeitsmäßig 254 811 T., gegen die Zeit von Januar bis einschließig September 1904 mehr 34 299 T. = 15,56 Proz.

Die Zahlen für die Zeit von Januar bis einschließlich September sind mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 1904 verglichen, da das Jahr 1905 wegen des Bergarbeiter-Ausstandes keine vergleichsfähigen Zahlen bietet.

Das Siegerländer Kohlen-Syndikat hat es verstanden, den ihm angeschlossenen Berichts- den Nutzen des Zusammenschlusses zu-

gleich begreiflich und angenehm zu gestalten. Die Verkaufspreise der gemeinschaftlichen Verkaufsvereinigung, die seit dem Jahre 1895 besteht, haben sich nach Berichten der „Industrie“ folgendermaßen gestellt:

1895	80,00	1900	118,00
1896	95,00	1901	146,00
1897	118,00	1902	97,50
1898	103,50	1903	97,50
1899	102,00	1904	108,00

für 10 T. frei Verbands- Station

Selbst haben die Siegerländer Eisensteinepreise eine erhebliche Preis- erhöhung erfahren. Kohlsatz kostete im ersten Halbjahre 1904 160 Mk., im dritten Vierteljahr 140 Mk. und im vierten Vierteljahr 145 Mk.; im Jahre 1906 kostete dagegen Kohlsatz im ersten Vierteljahr 160 Mk. und im zweiten Vierteljahr 170 Mk. für 10 T. Die Verkaufspreise des Jahres 1904 sind also um 20 Mk. durch die Preise für das zweite Viertel 1906 überschritten. Bis Ende 1903 sind die Preise für Kohlsatz um weitere 10 Mk. für 10 T. und bis zum ersten Semester 1907 um 20 Mk. gesteigert worden. Der Grundpreis beträgt im ersten Semester 1907 für Kohlsatz 105 Mk. und für Kohlsatz 120 Mk. — Man sieht, die Herren verstehen ihr Geschäft. Verlangt dagegen der Arbeiter eine Lohnverhöhung, so können sich dieselben Leute nicht genug über die Unverschämtheit der Arbeiter ereifern.

Günstiger Geschäftsgang in der sächsischen Braunkohlen- industrie.

Die sächsischen Braunkohlenindustrie berichten die „Leipziger Neuest. Nachr.“ wie folgt:

„Infolge der anhaltenden überaus günstigen Geschäftslage in der Braunkohlenindustrie wird an allen Ecken und Enden des Vorneer- Reviers Braunkohle gebohrt, und mehrere sind auch ganz respectable Kohlenflöße hergestellt und die betroffenen Grundstücke bereits zu Abbauzwecken gesichert worden. Der Preis für den Acker schwankt dabei, je nach dem Lagerbau- oder unterirdischer Verleih geplant ist, zwischen 2500 und 3800 Mark. Infolge dessen werden in der nächsten Zeit wieder verlässliche neue Verträge erteilt, die bereits bestehenden aber haben fast durchweg ihre Verträge zum Teil ganz erheblich erweitert. U. a. hat die Aktiengesellschaft Wiktoria in Wilmroda eine selbstständige Anlage für Breiweißfabrikation geschaffen, die sächsischen Braunkohlenwerke in Neukirchen haben eine vierte Breiweißanlage eingeleitet, die Gesellschaft Wiktoria in Wilmroda in diesem Herbst neben ihrem unterirdischen Verleih noch einen Tagebau in Angriff nehmen und plant ferner für nächstes Frühjahr noch die Angliederung einer großen Naphthrefabrik. Es kann daher garnicht Wunder nehmen, wenn sich der Mangel an guten Arbeitskräften bereits jetzt recht spürbar macht. Die Werkverwaltungen suchen dem abzu- helfen einestels durch Heranziehung fremder Arbeiter, andernteils durch Errichtung hübsch eingerichteter Arbeiterhäuser, die sie an ihre Stammunnaufnahme gegen niedrigen Zins vermieten. Eine weitere Folge des lebhaften Geschäftsganges ist ein ziemlich starkes Anziehen der Preise. Während der Preis für 1000 Naphthrefeste bis vor drei und vier Jahren 7 Mk. betrug, ist er in den wenigen Jahren bereits auf 10 Mk. bei Veranlassung ab Werk ge- stiegen, und es ist noch garnicht abzusehen, ob damit der Höchststand erreicht ist.“

Dieselben Werksbesitzer, die so offen von der günstigen Geschäftslage und dem „ziemlich starken Anziehen der Preise“ freudstrahlend berichten, verweigern aber jetzt den Arbeitern die beschärfte Lohnverhöhung. Das ist echte Kapitalistenmanier.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Zum Streik der Binnenschiffer. Der Untermervorstand für die Binnenschifffahrt hat am 28. Oktober in Berlin eine Generalver- sammlung abgehalten, um zu dem Zustand Stellung zu nehmen. Es kam dabei folgender Beschluß zustande: „Die Versammlung beschließt ausgedehntes Streikrecht über die ausständigen Mannschaften auf dem Standpunkte zu verharren, daß nach wie vor jede Verhandlung mit dem Wasserarbeiterverband abgelehnt wird, und daß Verhandlungen mit den einzelnen kontraktbrüchigen Arbeitnehmern solange ausgeschlossen sind, als sie die Arbeit nicht bedingungslos aufgenommen haben.“ Die Kohlenbarone finden gelegliche Schüler.

Eine Lohnbewegung haben die Leipziger Meistarbeiter eingeleitet. Den Unternehmern wurden folgende Forderungen unter- breitet: Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über neun Stunden. Ueberstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Müssen jedoch in bringenden Fällen Ueberstunden eingeleitet werden, so sind dieselben mit 25 Prozent Aufschlag zu bezahlen. Als Ueberzeitarbeit gilt die Ver- schärfung vom Schluß der regulären Arbeitszeit ab bis abends 9 Uhr. Jede Beschäftigung darüber hinaus gilt als Nachtarbeit und wird mit einem Aufschlag von 50 Prozent vergütet, der auch bei Sonntagsarbeit gezahlt wird. Stundenlohn erhalten: a) Ausgelernte Formner bis ein Jahr nach Beendeter Lehrzeit 42 Pfg. pro Stunde; b) Formner von diesem Zeitpunkt bis zum 21. Lebensjahre 40 Pfg. pro Stunde, nach vollendetem 21. Lebensjahre 50 Pfg. pro Stunde; c) Kernmacher 40 Pfg. pro Stunde; d) Schmelzer 45 Pfg. pro Stunde; e) alle übrigen Formner- und Hülfsar- beiter 40 Pfg. pro Stunde. Für diejenigen, welche den geforderten Lohn schon haben, werden 10 Prozent Aufschlag gezahlt. Vorstehende Stundenlöhne sind Minimalätze und dürfen in allen Betrieben, wo bessere Verhältnisse bestehen, als die hier geforderten, diese nicht ver- schlechert werden. Bei Arbeitsmangel ist die Arbeitszeit nach Möglich- keit zu verkürzen, bevor Entlassungen vorgenommen werden. Die Spar- hälften sowie das Warten auf Material wird im Lohn bezahlt. Für ausreichende Reinigung, Wascheinrichtung, gut verschließbare Garderobe und Ventilation wird gesorgt. Bei Akkordarbeiten wird der Stundenlohn garantiert. Haar-, Vorsteckpfeife und Holzhammer werden kostenlos geliefert. Die Schmelzpfen sind mit Feuerordnungen zu versehen. Ten darin beschäftigten Arbeitern sind Handschuhe, Gamaschen und Arbeit- zur-Verfügung zu stellen. Die Lohnzahlung hat vor Schluß der Arbeits- zeit zu erfolgen. Die Vereinbarungen treten am Tage der Anerkennung in Kraft und gelten bis zum 1. April 1907. Werden sie nicht gefündigt, so gelten sie auf ein weiteres Jahr.“ Die Hälfte der in Betracht kommenden Betriebe soll die Forderungen bewilligt haben. In den anderen Betrieben soll die Arbeit eingestellt werden.

Die Abrechnung des Zentralverbandes der Zimmerer für das II. Quartal 1906 liegt uns vor.

Derselbe hatte einen Mitglieder- bestand von 50811 Mitgliedern in diesem Quartale aufzuweisen. Beim Rechnungsabschluß vom 18. Juli d. J. betrug das Gesamtvermögen 892 218,06 Mk. Wir wünschen dem Bruderverbande weitere gute Erfolge.

Eine neue Organisation der Telegraphenarbeiter für Berlin hat es bei der Oberpostdirektion durchgesetzt,

daß vom 1. November ab eine Erhöhung der Löhne eintritt. Die Arbeiter der ersten Klasse erhalten 3,30 Mk., die der zweiten 3,40 Mk., der dritten 3,40 Mk. und die vierte Klasse 3,80 Mk. pro Tag bezahlt. Der neue Verein hat der Oberpostdirektion seine Satzungen eingereicht, die nach mehrfachen Verhandlungen genehmigt worden sind.

Der Bürgermeister als Revisor einer Gewerkschaftskasse.

In dem sächsischen Städtchen Caritz besteht eine Zahlstelle des Tabakarbeiterverbandes. Einestages bekam der Vertrauensmann Polizei- besuch und wurde gefragt, ob die Tabakarbeiter eine freie Hilfskasse hätten. Der Vertrauensmann erklärte, daß ja eine solche gar nicht ausgemacht sei, es existiere in Wirklichkeit nur eine Zahlstelle des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. Acht Tage später erschien der Polizist wieder und erfuhr den Vertrauensmann, sofort zum Bürgermeister zu kommen. Bürgermeister Scholz gab dann dem Vertrauensmann sofort den Auftrag, Bücher und Belege zu holen, damit er die Kasse revidieren kann. Dieser machte den Herrn Bürgermeister nochmals darauf aufmerksam, daß der Verband keine Hilfskasse sei. Das half aber nichts, der Herr Bürger- meister meinte, es seien in letzter Zeit wiederholt Unregelmäßigkeiten bei Kassen vorgekommen und sei deshalb notwendig, ein maßnahmes Auge zu haben. Der Vertrauensmann mußte schließlich doch die Bücher und Belege herbeischaffen. Der eifrige Herr Bürgermeister zählte die Marken, er zählte Geld, alles stimmte. Eine freundliche Mitge teilte er, als er sah, daß im Hauptbuche die gezahlten Beiträge für die letzten beiden Wochen noch nicht nachgetragen waren; auch mit der Buchführung müsse sich ein Kassenvorwalter stets völlig auf dem Laufenden halten. Dann beschleunigte der Herr Bürgermeister mit seiner Unterschrift, daß alles in Ordnung sei, und entließ den Vertrauensmann in Gnaden mit der Bemerkung, er möge sich auf weitere Revisionen gefaßt machen. Die Gulleiter der Gewerkschaften werden erfreut sein, daß sie unerwartete Hilfe erhalten von Seite der Bürgermeister. Wie wäre es, wenn diese Herren ihre Tätigkeit noch weiter ausdehnten und auch für Versammlungs- räume sorgten?

Der Bürgermeister erstattet Rapport.

Merkwürdige Mitten- zeitigen die polizeilichen Auslegungskriterien in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht nicht nur in Preußen und Sachsen sondern auch in Bayern. In Rulmbach wurden seit längerer Zeit die Mitglieder-

Versammlungen des Brauerverbandes polizeilich überwacht, wogegen anfangs nichts eingewendet wurde, obwohl diese Überwachung bei nicht- öffentlichen Versammlungen unbedeutend ist. Da wurde die Erfahrung gemacht, daß die Brauereibesitzer schon am anderen Tage von den in den Versammlungen gemachten Verfügungen und den vorgebrachten Beschwerden der Arbeiter Kenntnis erhielten, weil der Bürgermeister u. Fleßa die Versammlungskassapporte der überwachenden Beamten dem Vorsitzenden des Unterverbandes zur Einsicht angeschlossen hatte. Dadurch wurde ein großer Teil der Mitglieder eingeschüchtert und traute sich nicht mehr in die Versammlungen. Als nun am 7. Juli in einer Mitgliederversammlung wiederum ein Offiziant als überwachender Beamter erschien, forderte ihn der Vorsitzende Genosse Woller auf, das Lokal zu verlassen, da die Versammlung keine öffentliche sei und der Überwachung nicht unterstehe. Der Beamte entsetzte sich, aber gegen Woller erfolgte Anzeige wegen — Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Am 17. Oktober beschloß sich die Unterverbandstrammer mit dem Fall. Der als Zeuge erschienene Bürgermeister Fleßa mußte zugeden, daß er habe es aber nur aus Arbeiterfreundlichkeit (!) getan, um eventuell den Anstand des Streiks zu verhüten. Im übrigen beharrte er darauf, daß der Brauerverband politische Zwecke verfolgen, weil der Vorsitzende an den Vorsitzenden des für politisch erachteten Gewerkschaftsartikels und des Sozialdemokratischen Vereins sei und weil die Versammlungen sich öfter mit politischen Themen beschäftigten haben. Als lot-e bezeichnete er die wirtschaftliche Lage der Brauereibesitzer, die Fleißigkeit, Erhöhung der Bierpreise usw. Der Staatsanwalt beantragte zwei Wochen Gefängnis, das Urteil lautete auf drei Tage Gefängnis. Wegen des Bürgermeisters wird nachher wegen seinem Verhalten kein Verfahren eingeleitet werden. Es sind ja nur Arbeiter, die verurteilt werden.

John Mauerer im Bürgerausschuß in Lauterbach (Wald).

Die christlichen und freien Mauerer hatten eine gemeinsame Liste auf- gestellt und gelang es ihnen ihre Kandidaten in der dritten Wahlung durchzuführen, zum Schaden der Arbeiter. Einigkeit macht Kraft.

Wer laßt da? Die Streikposten einer Schutzabteilung in Berlin, denen der Aufenthalt auf der Straße erschwert wurde, gingen in ein Schauffakal, wo sie vom Fenster aus den Fabrikarbeiter beobachteten konnten. Mochten sich nun die Streikposten ihres sicheren Asyls freuen oder sonst eine Ursache zur Heftigkeit gehabt haben, genug, sie traten innerhalb des Schauffakals am Fenster und — lachten, und der Witz soll auch mitgelacht haben, wenigstens nach den Beobachtungen der Polizei, die an der Heftigkeit der Streikenden Anstoß nahm. Der Schauffakal wurde auf das Meißnerbureau beschleiben. Die Polizei kann den Witz eines Volkes natürlich nicht verstehen, zu lachen, wenn es ihnen beliebt, aber auf dem Polizeibureau ersuchte man den Witz, dafür zu sorgen, daß sich die Streikenden nicht aus Fenster stellen und — lachen, vor allem aber solle er, der Witz, nicht mitlachen; denn so etwas schick- lich nicht. Als den Streikenden diese Geschichte mitgeteilt wurde, haben sie natürlich wieder inididig gelacht. Wer sollte auch, selbst in einer ernst-n Situation, nicht lachen, wenn die hohe Polizei selbst Stoff zum Lachen gibt, indem sie das Lachen als unbedeutend zu unterdrücken trachtet! —

Das Sozialgesetzgebung der Firma Krupp. Mit dem Krupp'schen „Sozialgesetz“ beschäftigt hat der sächsische Arbeitersekretar Hirtfelder in einer vom sächsischen Gewerkschaftsverband zwecks Einleitung der Gewerkschaftswahlkampagne einberufenen öffentlichen Versammlung, er hätte u. a. an: „Die Krupp'schen Arbeiter haben schon seit langen Jahren für die Beschäftigten eine sehr großzügige Lohnverhöhung gefordert. Von der in der Krupp'schen Fabrik beschäftigten Arbeiter ist diese Lohnverhöhung vor einigen Jahren denn auch zugesprochen worden. Während nun am Todestage des Herrn Krupp v. Böhlen und Halbach bekannt gemacht wurde, daß die Arbeiter ein Gehalt von 10 bzw. 5 Mark erhalten sollten, wurde den Arbeitern der Krupp'schen Fabrik die Mitteilung, daß die Lohnverhöhung für die Nachtarbeit in Zukunft wieder in Wegfall kommen. Das macht für jede Schicht 60 Pfg. und aufs Jahr für jeden Arbeiter der Krupp'schen Fabrik 180 Mark. Das war das Sozialgesetz, das die Arbeiter der Krupp'schen Fabrik erhalten haben. Das ist die berühmte Wohlthat der Firma Krupp! Von den Millionen- stiftungen konnte man im kleinsten Maßstäbe leben, aber von diesen Lohnverhöhungen hat auch nicht eine einzige Zeitung etwas gebracht.“ Von diesen Anschuldigungen nehmen die bürgerlichen Wäcker aus bekannten Ursachen keine Notiz.

Die Hungerpreise in Funktion.

Der Vorsitzende des Deutschen Schuh- und Schuhsfabrikantenverbandes in Bismarck hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben folgenden Inhaltes erlassen: „Verband deutscher Schuh- und Schuhsfabrikanten.“

Am 18. Oktober 1906.

Unser Zweigverband, der Verband der Berliner Schuhfabrikanten, teilt uns mit, daß er infolge Streiks der Vasschuharbeiter in eigenem Auslieferung in sämtlichen Verbandsfabriken verfallen müßte. Wir ersuchen unsere Mitglieder, keine Arbeiter aus dem Werk nach Betrieben einstellen zu wollen.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß die Differenzen bei der Firma R. J. Mayer, Schwäbisch-Gmünd, beigelegt sind.

Godaabend!

Verband der deutschen Schuh- und Schuhsfabrikanten.

Wären Arbeiter so vorgehen, würden die Unternehmensblätter widerhalten vom Terrorismus, so aber ist es — das „Redy“ der be- stehenden Klasse.

Wackerburger Frechheiten. Umweit Waren liegt der Wackhof Alt-Falkenhagen. Dort residiert ein Herr Severin. Dieser erkaufte jetzt in dem „Wackerburger Tagblatt“ die Anzeige:

„Warning. Warnen jeden Arbeitgeber, die Knechte Seemann Vacker und Karl Brejalski anzunehmen, da diese ohne Grund den Dienst verlassen.“

Das ist eine Verurteilung, wie sie krasser nicht mehr gedacht werden kann. Die in diesem Streikbrief genannten Knechte sollen der Hungerstreik unterworfen werden. Severin wartet seine Klagengeheiß- baar, die Knechte in Arbeit zu nehmen, denn sie verlieren ja doch den Dienst ohne Grund! „Terrorisieren die „Herren“. Ob die Staats- gewalt wohl gegen Severin einschreitet?

Arbeiter, die sich selbst betrügen.

Auf eine besondere Art, die man sonst bei Gewerkschaftlern nicht kennt, verstanden es die Schreier- Krüger und Kappes, sich „Ruhe“ zu verschaffen gegenüber der Lohn- kommission der Berliner Parkettbodenleger. Beide Arbeiter von denen einer organisiert ist, waren nämlich für die Firma Medforth in Berlin beschäftigt. Die Berliner Kollegen haben aber mit den dortigen Unter- nehmern einen Tarif vereinbart, zu dessen Aufrechterhaltung sie ihre Kollegen vom Main anhielten. Diese ganz selbstverständliche Pflicht erfüllten aber die Frankfurter nicht, sie schwindelten ihren Kollegen nicht mehr vor, der Tarif würde von dem Frankfurter Unternehmer bezahlt. Letzterer beachte dies auch auf eine Anzeige der Lohnkommission, und zwar telegraphisch. Er konnte dies auch; denn er hat mit seinen Arbeitern unter einer Decke und wußte ganz genau, daß diese Anerkennung des Berliner Tarifs für ihn nicht rechtverbindlich war. Krüger gab sich aber noch die Blöße und klagte die zwischen dem Berliner Tarif und den wirklichen Vereinbarungen bestehende Differenz im Betrage von 162 Mk. ein, trotzdem er genau wußte, daß es sich um einen Scheinvertrag handelte, denn er hatte ein derartiges Manöver schon einmal in Berlin gemacht. Bis auf 40 Mk., die der Beklagte anerkannte, kam das Gericht zur Ab- wendung der Klage. Nach seiner Ansicht handelt es sich um ein Schein- geschäft, welches nach § 17 des Bürgerlichen Gesetzbuches unzulässig ist.

„Christliche“ Nächstenliebe hat jedenfalls Herrn Bucher, geistlicher Agitator veranlaßt, als die freien Holzarbeiter in Letznang eine Zahl- stelle errichten wollten und auch zuwege brachten, folgende Postkarte an seine „christlichen“ Brüder zu richten:

„Kavensbürg, den 5. Oktober 1906.
Wetter: Kollege!

In betreff der Versammlung, welche morgen abend im Admet- stadtviertel von den Herren, müßt Ihr geschlossen hingehen und dieselbe verhindern, daß sie keine Zahlstelle zustande bringen. Sagt, daß sie 25 000 Mk. nach Ausland geschickt haben und die Bauwesenver- unterstützt haben. Ein Führer der Roter hat gesagt, ein Streik, der 14 Wochen dauert und verlorren geht, ist mir lieber als ein r, der 14 Tage dauert und gewonnen wird. Weil dadurch die Masse, die zufrieden wird und zur Sozi übergeht. Also unbedingt hingehen, die Roter dürfen sich nicht festsetzen. Schickt uns nachher einen Bericht, wie die Sache gegangen ist.

Den gewinschten Bericht dürfte Herr Bucher nicht erhalten haben, denn die Letznanger Schreier hatten den besseren Teil der Parteigewalt und waren der Versammlung fern geblieben. Ob sie die Nachteil- heit des Herrn Bucher schon bei anderer Gelegenheit kennen gelernt hatten und ihm nun nicht mehr aufs Wort glauben, oder —

Gruß Bucher, Herrenstraße.

Gründe für ihr Fernbleiben maßgebend waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Interessant ist es aber, zu sehen, mit was für Mitteln die Christen arbeiten, die sich so sehr in der Rolle der gefährlichen Mischungsgefallen und nicht wenig über den Terrorismus der freien Schimpfen können.

Christliche Unternehmer wollen nichts vom christlichen Textilarbeiterverband wissen. So in G. a. h., wo die Firma August Schiller Arbeiter, soweit die christlichen Textilarbeiterverband betreffen, nicht gekündigt hat. Folgender Revue wurde den Arbeitern zur Unterfertigung vorgelegt: „Der unterzeichnete Weber der mechanischen Weberei der Firma August Schiller in G. a. h. verpflichtet sich hiermit durch Unterschrift, keiner Organisation, gleichviel welcher Art, beizutreten, solange er für die vorgenannte Firma arbeitet.“ Die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes, nur dieser kommt hier in Betracht, wollte Verhandlungen antizipieren, doch wurden solche seitens der Firma abgelehnt. Da sage noch einer, daß es keinen Klassenkampf gebe. Ganz gleich, ob freigeistlich oder christlich organisiert, man wird die Arbeiter aufs Straßenspaster, um den bekannten Herren im Hause“ Standpunkt zu nähern. Die Arbeiter können daraus lernen, daß sie sich immer enger zusammenzuschließen müssen, wozu sie erfolgreich dem Unternehmertum begegnen.

Rochmals der christliche Ehren-Trennel. Gelegenlich des Dreizehnterjahres gab sich bekanntlich der christliche Führer Trennel alle erdenkliche Mühe, Arbeitswillige heranzubringen. Ein freigeorganisierter Arbeiter glaubte nun dem Ehrenführer Trennel aus seinen Schwulstigkeiten herauszuheben zu müssen dadurch, daß er ihm hiesige Arbeitskräfte in Aussicht stellte. Die Antwort Trennells erfolgte prompt und lautete: „Mannheim, 23. Oktober 1906.“

Werter Kollege!

Deine Karte vom 10. Oktober erhalten, die Du zur Nachricht, daß sofort fünf Kollegen hierher zu mir kommen können. Es müssen dies aber militärische, kräftige Arbeiter sein, denn die Arbeit ist eine ziemlich schwere. Die Kollegen müssen auch bei uns im Verband sein oder sich aufnehmen lassen, andernfalls bekommen sie keine Arbeit. Also beachte dieses alles und schick mir gute Leute, nicht, daß wir für die roten arbeiten. Jeder Kollege muß ein Begleitstempel mit dem Zahlstempel haben. Der Lohn beträgt in der ersten Woche 4,20 Mk. und dann 4,80 Mk. im Tag. Die Leute sollen sich direkt in meine Wohnung begeben. Gib mir gleich Antwort, ob welche kommen. Gruß Trennel.“

Der freigeorganisierte Arbeiter schickte darauf dem Arbeiterführer Trennel eine Antwort, die er weder ins Gefängnis legen, noch an den Spiegel stecken wird.

Der evangelische Vereinsbote berichtet in seiner Nr. 44 vom 1. November 1906. Eine merkwürdige Nachricht kommt aus dem Königreich Sachsen. Dort haben die christlichen Gewerkschaften den Versuch an den konservativen Landesvereinen gesandt und gefunden und die konservativen Parteimitglieder die Wahl zugesagt. In der Richtung der Werbung ist nicht zu zweifeln, da sie in der „Freizeit“ besprochen wird. Hauptbestimmungen des Wunsches der christlichen Gewerkschaften waren Mehrheit und der Abgeordnete Ulrich-Chemnitz. Dieser Schritt ist zu beklagen. Den freien Gewerkschaften will man nicht mit Unrecht vor, daß sie mehr und mehr zu sozialdemokratischen werden. Hier im die christlichen ähnliches. Man sollte auch den Schein vermeiden. Jedenfalls hält es schmer, bei den christlichen Gewerkschaften Sachens noch von Neutralität zu reden. Es wird immer schöner, im Ruhegebiete lassen sich die „Christlichen“ als Vorposten für die Zentrumspartei gebrauchen. In Sachsen gar für die Konservativen. Kommentar überflüssig.

Ein „christliches“ Kruppelorganisationsbüro, der „Zentralverband „christlicher“ Arbeiter und Arbeiterinnen für die graphischen Gewerbe und der Papierbranche“, hielt in Köln seine erste Generalversammlung ab. 1800 Männlein und Weiblein zählt dieses Verbändchen als Mitglieder, denen wohl annähernd 100 000 freigeorganisierlich organisierte Arbeiter gegenüberstehen. Wann werden die Arbeiter ermahnen und solchen nur der Arbeiterzerpflüchter dienenden Verbändchen Vötel sagen.

Internationale Mundschau.

Streiks im September 1906. In Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen begannen im September 1906 141 Streiks gegen 9 in der Vergleichszeit des Vorjahres. In Frankreich und England, für welche Länder die Zahl der Streikenden schon festgestellt ist, waren 28 824 Personen an den Streiks beteiligt, gegen 18 586 im September 1905. Welch eine gewaltige Zunahme die Streikbewegung allem in diesen beiden Ländern gegenüber dem Vorjahre erfahren hat, erhellt aus einem Vergleich der diesjährigen Beteiligungsziffern mit denen des Jahres 1905. Die Zahl der neu begonnenen Streiks und der Beteiligten betrug nämlich in beiden Ländern zusammen während der ersten drei Quartale:

	1905	1906	Zunahme in Prozent
Zahl der Streiks	881	1 367	65
Zahl der Streikenden	174 900	525 570	200

Ganz besonders stark war Englands Anteil an der Zunahme der Streikbewegung im September; ein zwar kurzer aber sehr umfangreicher Bergarbeiterausstand verließ der Bewegung das lebhafteste Gepräge. Es handelte sich um 10 000 Bergarbeiter im Rhymney-Tal und Macles, die am 1. September die Arbeit einstellen und acht Tage im Streik verharren. Die Ursache zu dem Ausstand war die bei englischen Bergarbeiterstreiks sehr häufige, daß die Arbeiter durch den Beitritt Niedriganzahler zum Gewerksverein erzwungen wolle. Wie fast immer, führte auch dieser Streik zum Ausschluß der außenstehenden Arbeiter. Ein anderer Grund war die Weigerung, mit organisierten Arbeitern zusammenzuarbeiten, die mit ihren Beiträgen im Rückstand waren. Abgesehen von dem erfolgreichen Ausgange dieses Bergarbeiterstreiks schloß die Streikbewegung im September verhältnismäßig ungünstig für die Beteiligten ab; sie setzten nur sechsmal ihre Forderungen ungeküßt durch, während zehnmal der Streik mit einem Fiasko für die Arbeiter endete. Allerdings nahmen an den Erfolgen 12 740 Arbeiter teil, während die verlorenen Streiks nur 4641 Beteiligte betrafen. Der Verlust an Arbeitstagen war geringer als im Vorjahre, die Dauer der Streiks betrug nur 147 400 Tage gegen 257 300 im Vergleichsmonat 1905. In Frankreich flaute die Bewegung im September etwas ab, insofern als die Beteiligung an den Streiks geringer als im Vormonat und Vorjahre war. Es wurden meist kleinere Streiks begonnen, während speziell 1905 die Streiks zum großen Teil sehr umfangreich gewesen waren. Am regsten wurde im Textilgewerbe und zwar um bessere Arbeitsbedingungen gekämpft; nicht weniger als 23 Ausstände fanden im September statt. Der Ausgang der Bewegung war für die Arbeiter recht unbefriedigend; nur achtzehnmal war der Erfolg auf ihrer Seite, während einunddreißigmal der Kampf völlig ergebnislos verlief. Wie immer im laufenden Jahre überwoog die Zahl der Streiks, die auf eine Lohnherabsetzung abzielten; die Hälfte aller Ausstände wurde mit der Forderung höherer Löhne eingeleitet. Eine Lohnreduktion war dagegen nur dreimal der Anlaß zur Arbeits einstellen. Nachst der Lohnfrage spielte aber auch das Solidaritätsgesühl eine ausschlaggebende Rolle in der Streikbewegung des September: In zwölf Fällen wurde um die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter gekämpft. In Oesterreich ist mit der fortschreitenden Besserung der Wirtschaftsfrage auch die Streikbewegung im Steigen begriffen; während es noch im Vorjahre in der internationalen Streikstatistik eine ziemlich unangenehme Stellung einnahm, blieb es im September 1906 nicht weit hinter Deutschland zurück. Die größte Aufmerksamkeit beanspruchte die Bergarbeiterbewegung in Böhmen, die im August bereits in der Entstehung begriffen, während des September stark an Ausdehnung gewann. Am 6. September waren von 36 Schächten im Brüxer Revier 28 vom Ausstand betroffen. Auch in Belgien und Italien zeigte die Streikbewegung ein lebhaftes Bild. In Mons erklärten am 19. September 1200 Grubenarbeiter den Ausstand, da eine solche von zehn Prozent bewilligt worden war. Dem Streik schlossen sich auch die Steinarbeiter der Umgebung an. Interessant ist bei der Streikbewegung in Italien ein Ausstand, der von den Schweißern eingeleitet wurde. Den Anlaß zu dem Streik gab der Umstand, daß bei der Gehaltszahlung Abzüge gemacht wurden.

Die belgischen Gewerkschaften im Jahre 1905. Die letzte Nummer des „Journal des Correspondences“, das Organ der belgischen Gewerkschaftskommission, bringt einen ausführlichen Bericht über den Stand der Gewerkschaften im vergangenen Jahre. Aus dem umfangreichen Tabellenwerk entnehmen wir, daß die Zahl der industriellen Arbeiter zwischen 19 und 60 Jahren in Belgien 1 205 000 beträgt, davon sind 970 000 Männer und 295 000 Frauen. Im Handel und Transport

sind tätig 180 000 Männer und 115 000 Frauen, hierzu kommen 205 000 Männer und 85 000 Frauen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Die zweite Tabelle führt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten auf. Danach sind insgesamt 148 498 Arbeiter (Männer und Frauen) gewerkschaftlich organisiert. Hier von entfallen auf die der sozialistischen Partei angeschlossenen Gewerkschaften 94 151, den „neutralen“ Gewerkschaften gehören 54 347 an, während die Katholischen 17 814 und die Liberalen 10 885 Mitglieder zählen. In den neutralen Gewerkschaften zählen vor allem die Typographen, die Diamantarbeiter von Antwerpen, die Glasarbeiter von Charcol, die Handschuhmacher, die Weber von Verolles. Diese neutralen Gewerkschaften stehen dem Sozialismus durchaus nicht feindlich gegenüber, die meisten ihrer Mitglieder zählen sich zur Partei, sind den politischen Gruppen und den sozialistischen Genossenschaften angeschlossen, sie sind nur aus tatsächlichen Gründen, aus Rücksichtnahme gegen die Inoffiziellen gegen einen engen, unmittelbaren Anschluß an die sozialistische Partei. Auf den Kongressen der sozialistischen Gewerkschaften sind die neutralen Organisationen vertreten, einige sogar in der belgischen Gewerkschaftskommission (Generalcommission). Daraus ergibt sich, daß über sechs Sechstel der organisierten Arbeiterchaft Belgiens zu den modernen Gewerkschaften gerechnet werden können. Die katholischen und die liberalen Gewerkschaften sind Schöpfung des Unternehmertums und der katholischen Kapläne, gegründet zum Zwecke der Herbeiführung des Lohnbrüdes und des organisierten Streikbruchs. Die nächsten Kongresse der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften werden auch in Belgien Diskussionen bringen über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften; der Wunsch nach Regelung dieses Verhältnisses ist in Belgien stark geworden.

Aufhebung der Sperrung in Breviers. Die von den Textilfabrikanten über ihre Arbeiter verhängte Sperrung ist am 30. Oktober auf Grund gegenseitiger Einigung aufgehoben, die Arbeit wird am 6. November wieder aufgenommen. Die Wollwäcker hielten eine besondere Versammlung ab, in der sehr heftige Reden gehalten wurden und schließlich mit großer Mehrheit die Fortsetzung des Streiks seitens der Wollwäcker beschlossen wurde.

In Cardiff (England) haben 10 000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Ein neues Gewerkschaftsblatt. Die Union der Ziegelarbeiter Oesterreichs hat sich ein eigenes Fachorgan geschaffen, das den Namen „Der Ziegelarbeiter“ führt. Das Blatt erscheint in deutscher und tschechischer Sprache monatlich zweimal. Die erste Nummer ist am 11. Oktober erschienen. Die Redaktion befindet sich: Wien, VII/4, Verchensberggürtel Nr. 3, die Administration und Expedition in Inzersdorf bei Wien, Triesterstraße 84. Möge es diesem neuen Kampfblatte, getreu seinem gemäßen Motto „Durch eigene Kraft“, gelingen, erfolgreich für die so sehr ausgebeuteten Ziegelarbeiter zu wirken.

Die russischen Kapitalisten und Agrarier folgen dem Beispiel ihrer deutschen Brüder, sie organisieren sich. So haben die Agrarier des Russ-Gouvernements einen Verband gegründet, der u. a. bezweckt, alle Agrarier zur „Verteidigung ihrer Interessen“ zu vereinigen und die Agrarfrage auf dem friedlichen Wege, auf Grund der Lianantarbeit des Privatagrarier zu erledigen. Ebenso haben die Moskauer Schneider, deren Vertreter jedoch gestreikt haben, einen Verband auch zur „Verteidigung ihrer Interessen“ gegründet. Die Moskauer Fabrikanten wandten sich an den Stadthauptmann mit der Anfrage, ob sie, um mit den Arbeitern zu kämpfen, eine Aussperrung erklären können. Der Stadthauptmann gab eine günstige Antwort. Das ist derselbe Stadthauptmann, der die Arbeiterführer für Verurteilung einen Streik zu erklären, innerhalb 24 Stunden aus Moskau verbannt hat. Die Russen scheinen von Herrn Schönstedt gelernt zu haben.

Alle amerikanischen Eisenbahnen, die dem Eisenbahnverband angehörige Weichensteller beschäftigen, sind verständigt worden, daß diese Beamten eine Lohnerhöhung und den Achtstundentag fordern. Wenn diese Forderungen in 14 Tagen nicht erfüllt sein würden, solle den Mitgliedern des Verbandes die Ausstandsfrage unterbreitet werden.

Knappschäftliches.

Der Kampf der Bergarbeiter um die Reichsinvalidentrente im Clausthaler Knappschäftverein.

Der § 13 Absatz 2 des Statuts dieses Vereins besagt: Eine auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes gewährte Entschädigung und die auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes gewährten Renten kommen von dem Invalidenbunde (Knappschäftrente) in Abrechnung. — Das heißt: Die Mitglieder dieses Vereins sind wohl bei der Reichsinvalident- und Altersversicherung (Norddeutschen Knappschäftrentenversicherung) versichert, müssen auch die auf sie fallenden gesetzlichen Beiträge bezahlen, aber Rente erhalten die Mitglieder des Clausthaler Knappschäftvereins aus dieser Versicherung nicht. Wofür zahlt die Reichsinvalident- und Altersversicherung, sondern an den Knappschäftverein und dieser zahlt den Invaliden nur die Knappschäftrente, behält aber die von der Norddeutschen Knappschäftrentenversicherung gezahlte Reichsrente zurück. Sogar der vom Staate für jeden Invaliden gezahlte Reichszuschuß wandert in den Säckel des Knappschäftvereins. Dieses in die Augen springende Unrecht findet seine gesetzliche Sanktion im § 52 des Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1890. Nach diesen ist es Knappschäftrenten u. s. w. erlaubt, die Reichsrente ganz oder zum Teil zurückzubehalten, wenn diese Renten ihren Mitgliedern laut Statut bei eintretender Erwerbsunfähigkeit durch Invalidität und Alter, nach den gesetzlichen Bestimmungen Unterstützung zahlen. Macht eine Rente von dieser Bestimmung Gebrauch, wie es der Clausthaler Knappschäftverein getan hat, so sollen entweder die Beiträge der Werksbesitzer und Kassenmitglieder entsprechend herabgemindert oder die ersparten Beiträge sollen zu anderen Wohlfahrtsanstalten für Betriebsbeamte, Arbeiter oder deren Hinterbliebenen verwendet werden. Beides braucht die Rente nicht, wenn die Leistungen den Bestand der Rente gefährden. Inwieweit nun die Knappschäftrente das gesetzlich funktionierende Unrecht die Bergarbeiter durch Herabminderung der Beiträge oder andere Wohlfahrtsanstalten herabgemindert hat, entzieht sich augenblicklich unserer Kenntnis, da uns das Material nicht zu Gebote steht. Die älteren Bergarbeiter bestreiten, daß bei Inkrafttreten dieser Bestimmung die Beiträge ermäßigt oder die Invaliden und deren Hinterbliebenen besser gestellt worden seien. Soweit bliebe nur als letzter Grund die Sicherung der Rente übrig. Ein Vergleich aber, der letzter Grund der Sicherung der Rente ist. Ein Vergleich aber, der nachstehende und gleichgestalteten Knappschäftvereine, mit dem Clausthaler Knappschäftverein auf Grund der amtlichen Statistiken, zeigt uns, daß die Befähigung der Rente, wenn sie überhaupt bestanden hat, zum mindesten heute nicht mehr in Frage kommt, um die Verbehalten dieser Ungerechtigkeit zu rechtfertigen. Es hatten eine Einnahme pro Mitglied im Jahre 1903:

der Neupreussische Knappschäftverein	70,31 Mk.
„ Halberstädter	75,86 „
„ Brandenburg	53,77 „
„ Mansfelder	70,24 „
„ Clausthaler	116,18 „

Hieraus ergibt sich, daß die Beiträge der Mitglieder im Clausthaler Knappschäftverein erheblich höher stehen, als in den anderen genannten Vereinen. Es hatten weiter schuldenfreies Vermögen Ende 1903, der Neupreussische Knappschäftverein bei 12 669 Mitgliedern 1 813 789 Mk., der Halberstädter Knappschäftverein bei 17 132 Mitgliedern 5 253 181 Mk., der Brandenburgische Knappschäftverein bei 14 773 Mitgliedern 2 717 133 Mk., der Mansfelder Knappschäftverein bei 20 206 Mitgliedern 4 478 000 Mk. und der Clausthaler Knappschäftverein 12 041 Mitglieder 3 717 805 Mk. Hieraus steht der Clausthaler Knappschäftverein entsprechend den Mitgliederzahlen der genannten Vereine mit seinem Vermögensbestande, der doch die fortlaufenden Leistungen sichern soll, an zweiter Stelle. Es ist hierbei allerdings zu beachten, daß eine Umrechnung des Vermögensbestandes nur auf die ständigen Mitglieder, wie es die Knappschäftrenten machen, eine Verschiebung zu Ungunsten des Clausthaler Knappschäftvereins ergibt. Derselbe hatte unter 12 041 Mitgliedern 9952 ständige, der Neupreussische und Brandenburgische 8233 bzw. 2814 ständige Mitglieder. Die hierdurch sicherbare verminderte Sicherheit wird durch die erheblich höheren Beiträge mehr als aufgehoben. Aber selbst wenn die Clausthaler Knappschäftrente auf die Einkommen der Reichsrente nicht verzichten könnte, ohne die Sicherheit der Rente zu gefährden, so ist das Unrecht dadurch kein geringeres. Es bleibt bestehen, daß man die Bergarbeiter Beiträge in eine Rente bezahlen läßt, daß man ihnen aus dieser Rente eine Rente verpflichtet, die sie nie erhält. Aus Gerechtigkeitsgründen sollte man die Sicherheit der Knappschäftrente doch nicht auf den Hunger der armen Invaliden aufbauen! Durch solche Manipulationen mögen sie auch geleglich begründet sein, muß die Arbeiterversicherung in die Hände geraten. Wenn die Sicherheit der Knappschäftrente gefährdet ist, so wäre man die Arbeiter als Kassenmitglieder auf, man gebe ihnen das ihnen

gesetzlich zustehende Altersverwaltungsrecht frei und kein Mensch wird sich weigern, wenn die Notwendigkeit dazu da ist, höhere Beiträge zu zahlen. Noch besser und gerechter wäre es, man gebe den Arbeitern das Altersverwaltungsrecht frei, so wählen sie auf manchen Umständen, was ihnen heute nicht möglich ist, was aber ohne Vertragsverletzung die Sicherheit der Rente leben würde. Es ergibt eine Durchsicht der Knappschäftstatistik vom Jahre 1903, daß pro Mitglied an Verwaltungskosten verausgabt wurden im

Neupreussischen Knappschäftverein	2,04 Mk.
Halberstädter	1,91 „
Brandenburg	2,30 „
Mansfelder	1,50 „
Clausthaler	3,28 „

Also wo man zur Sicherheit der Rente den armen Invaliden die Rente kürzen muß, sind die Verwaltungskosten für die Invaliden unerschwinglich. Gerade in diesem Knappschäftverein, wo der preussische Ministerstaat als Arbeitgeber eine wichtige Rolle spielt. Seit Jahren führen nun, namentlich die Invaliden, gegen die Entziehung der Reichsrente einen Kampf, der bisher nutzlos gewesen ist, aber die Verbitterung erheblich gesteigert hat. Recht erklarlich. Sind es doch die Invaliden, die unter dieser Ungerechtigkeits hungern müssen. Aber auch die Bergarbeiter im allgemeinen stehen diesem Kampfe nicht gleichgültig gegenüber, haben sie doch das Geld der Invaliden als Beispiel vor Augen, daß es ihnen später ebenso geht. Vor Jahren haben die sozialistischen Bergarbeiter von Schaumburg-Lippe schon durch mehrfache Eingaben auf den ungerechten Zustand hingewiesen, wenn auch erfolglos. Vor und liegt eine Reihe Schriftstücke, die seit dem Jahre 1904 bis jetzt fortlaufend an alle in Betracht kommenden Behörden gesandt wurden. In allen diesen Schriftstücken wird von zahlreichen Invaliden im Oberharz über die Ungerechtigkeits der Renteinbeziehung bittere Klage geführt. Zunächst wandten sich die Invaliden an die Bergbehörde; von dieser erhielten sie den lakonischen Bescheid, daß sie als Ausschichtsbehörde nicht in der Lage sei, eine Veränderung der Knappschäftrenten herbeizuführen und die Einbeziehung der Reichsrente zu verhindern. Im Mai 1904 wandten sie sich an das Abgeordnetenhaus unter Vorlegung des Invaliden mit der Bitte, diesen Zustand gesetzlich zu ändern. Doch auch das Abgeordnetenhaus hat sich, wie bekannt, aus der Bitte der Invaliden nichts gemacht. Inzwischen und zuletzt am 27. März d. J. wandten sie sich mehrmals an den Minister für Handel und Gewerbe, unter eingehender Vorlegung der Materie und ausführlichem Hinweis auf das Geld der Knappschäftrenten. Treffend führt man in der Petition das elende Leben der Berginvaliden an folgendem Beispiel an: Ein Invalid mit 28 Dienstjahren erhalte 27 Mk. Rente, bei dem elendsten Grundebeden aber braucht der Mann mit Frau und einem Kinde im Monat für 30 Tage Frühlingskost 10 Pfg. = 0,10 Mk., 30 „ „ „ „ „ 20 „ = 1,00 „ 30 „ „ „ „ „ 10 „ = 0,30 „ Summa 3,60 Mk.

Mit einem solchen Rentli werden die armen Schlufer einem preussischen Minister freilich nicht imponieren. Weitzers kann ja ein Minister gesetzliche Bestimmungen nicht so ohne weiteres aufheben. Wenn auch der Bescheid des Ministers nicht anders zu erwarten war, so setzen wir ihn doch wegen seines Schlusatzes ausführlich bei: „Berlin, den 3. Juni 1906.“

Der Minister für Handel und Gewerbe. J.-Nr. 1 3496.

Auf die von Ihnen in Gemeinschaft mit den Invaliden Wilhelm Schürfeld und Wilhelm Fischer dorthin — wie Sie mitgehen im Namen der gesamten Invaliden des Oberharzes — an mich gerichtete Eingabe vom 27. März d. J. erwidere ich Ihnen nach Prüfung der Sach- und Rechtslage, daß die Ausschichtsbehörden für den Hauptknappschäftrenten in Clausthal nicht befugt sind, die im Verein geltenden Satzungsbestimmungen dahin abzuändern, daß die Invalidenunterstützungen erhöht werden, oder daß eine Abrechnung der reichsrechtlichen Invalidenrenten oder des von Reichs- zu diesen Renten gewährten Zuschusses von dem vom Hauptknappschäftverein zu bewilligenden Invalidenunterstützungen nicht stattfindet.

Im übrigen verweise ich auf den Bescheid vom 12. Januar 1904 — 1 570 — welcher dem Invaliden Fritz Paase dorthin auf die Eingabe vom 15. Oktober 1903, an der Sie beteiligt gewesen sind, von mir erteilt worden ist und von dem Sie, wie ich annehme, Kenntnis erhalten haben.

Schließlich mache ich darauf aufmerksam, daß die inwieweit sich vom Landtage der Monarchie angenommene Knappschäftrenten-Beurteilung zuständigen Organen des Hauptknappschäftvereins vorzulegen ist, zunächst zur näheren Prüfung der Frage Gelegenheits bieten wird, ob überhaupt und in welchem Umfange den in Ihrer Eingabe vorgetragene Wünschen stattgegeben werden kann. De Lebrück.

An den Invaliden Herrn Louis Sabich in Clausthal.“

Also leidet sich der Herr Minister den billigen Trost an die Petenten, die Organe des Knappschäftvereins werden die Sachlage aus Anlaß der angenommenen Knappschäftrenten-Beurteilung prüfen. Ob der Minister wirklich eine Veränderung zum Besseren von dieser Seite glaubt? Die Invaliden empfinden diesen Hinweis wie Gift! Sind es doch die Organe der rüchständigsten Knappschäftrenten je gewesen, die sich gegen jeden Fortschritt mit aller Gewalt sträubten. Hat doch der Landtag gerade die Bergarbeiter und auch die Invaliden in ihren Wünschen betrogen und die Rechte der Arbeiter noch gekürzt! Nein, die größte Empörung muß unter den Invaliden und den Bergarbeitern bei solchen Erfahrungen Platz greifen. Die Kameraden sehen hieraus, wie recht wir hatten, wenn wir ihnen sagten, daß sie von jeder Seite nicht zu erwarten haben. Die in Betracht kommenden Faktoren im Oberharz scheinen denn auch die gerechte Empörung der um ihre Rechte betrogenen Invaliden und Bergarbeiter zu merken, man besitz sich, beim bedrückten Bergknecht im Oberharz sich als Freund auszusprechen. Man tritt dabei recht radikal auf, damit sich der Bergprolet nur ja wieder einschließen läßt. So hat der Landtagsabgeordnete Horn aus Goslar, der unpassender Gelegenheit im Landtage die Wünsche der dortigen Bergarbeiter bezüglich der Reichsrente als berechtigt erklärt, offiziell aber hat seine Partei gerade die Bergarbeiter stets um ihre Rechte betrogen. Was will der Extratrat, den sich der Abgeordnete Horn nachträglich gestaltete weiter betragen, als er wollte seine Wähler über den Verrat seiner Partei beschwichtigen. Auch die „Arbeitszeitung“ gebärdet sich in einigen Artikeln, wie rein aus dem Hühnerschiss, schimpft auf die Regierung in einer Weise, wie es ein Arbeiterblatt nicht riskieren dürfte. Kameraden! man gebärdet sich nur so radikal, weil man eure Empörung merkt, weil man fürchtet, ihr könntet euch auf euer Recht besinnen. In Wirklichkeit tut man damit der Regierung und allen Arbeitereinden einen Dienst. Es gibt nur ein Mittel, diesen ungerechten Zustand zu beseitigen: § 52 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes heißt es: Die Landesbehörde ist befugt, eine entsprechende Änderung der Statuten vorzunehmen mit rechtsgerichtiger Wirkung vorzunehmen, sofern die von den erwähnten Kassenmitgliedern beiträgenen Betriebsunternehmer oder die Mehrheit der Kassenmitglieder die Abänderung beantragt haben, die letztere aber von den zuständigen Organen der Kasse abgelehnt worden ist. — Diese Bestimmung bietet immerhin eine Handhabe, ist aber nur möglich, wenn die Mehrheit der Kassenmitglieder organisiert ist. Invaliden im Oberharz wollt ihr eure, wie ich großer Furcht vor euch, die Beseitigung der Knappschäftrenten durch den vollen Kameraden im Clausthaler Knappschäftverein erwirken. So euren Kameraden den einzig möglichen und richtigen Weg. Sagt ihnen, daß nur der Anschlag an die Organisation der Bergarbeiter, das ist der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Besserung auch in der Beziehung bringen kann. Organisiert eure Kameraden, dann leidet euch und euren Kameraden den beiden Teilen.

Der Niedersächsische Knappschäftverein hat seinen Jahresbericht von 1905 herausgegeben. Dem wir folgende Angaben entnehmen. Im Vereinsgebiet wurden 30 Bergwerke im Betriebe mit einer Gesamtbeschäftigung von 33 719 Mann. Derselbe hat sich in einem Jahre 1580 vermehrt. Das Vermögen des Vereins betrug 1 888 485 Mk. und ist seit 1904 um 70 000 Mk. gestiegen. Auf jeden Vollrentner entfällt ein Anteil von 147,68 Mk. Derselbe Anfall hat 12 geheimer, Invaliden waren 2611 vorhanden, darunter 110 30 Jahre. Von den 2 689 Mann des Invalidenberufs betrug im Berichtsjahre nicht weniger als 15 775 krank gewesen, im November 1905 waren die Rat- und Agitationsleiter höher als die Zahl des gezahlten Krankengeldes. Der Hauptanteil der Beiträge steht

In die Taschen der meisten Verleger und Apotheker, außerdem sind für Unterhaltung der Knappschafftslagerette in Waldenburg und Neurode über 74.000 Mark ausgegeben worden. Alles in Allem ein Bericht, der den Bergarbeitern die Bedeutung des Knappschafftswesens deutlich vorführt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Motto: Sechs Wochen war der August „krank“, jetzt liegt er wieder, Gott sei Dank.

Wenn uns ein alter, lieber Freund begegnet, besonders wenn wir ihn längere Zeit nicht gesehen haben, dann freuen wir uns. Und so haben wir uns auch gefreut, als wir das uns bekannte B in der „Buerischen Zeitung“ wiedersehen. Wissen wir doch, daß sich hinter diesem B unser alter, lieber „Freund“, der „grüßte Bergarbeiterführer“ August Prust verbirgt. Wir hatten ihn längere Zeit nicht gesehen; denn er war „außer Dienst gestellt“ und hat der „wohlverdienten Ruhe“ gepflegt. Das schadet unserem „Freunde“ aber vornehmlich gar bekommen zu sein, was uns natürlich sehr freut. Voller hat er die „wohlverdiente Ruhe“ nicht benützt, um seinen inneren Menschen zu bessern; er selbst immer noch an den alten Fehlern: Er schreibt mit der Feder und legt sie gedankt. Im übrigen schreibe er guter Laune zu sein, er gibt sich wenigstens die größte Mühe, uns „Freunde“ zu bereiten. Es ist bei einem so guten „Christen“, wie August Prust ist, zwar selbstverständlich, daß er seinen Mitmenschen „Freunde“ zu bereiten sucht; doch da August in dieser Beziehung sogar mehr leistet, als man billiger Weise von ihm verlangen kann, sei es besonders hervorzuheben. Eigentlich hätte August gar nicht nötig, sein B seinen Artikel voranzustellen, man müßte es schon an dem G a c e n - Stil, was der Verfasser ist. Daß August, nachdem er wieder „in Dienst gestellt“ ist, sich zunächst seiner „alten Freunde“ erinnert und sie geradezu mit „Liebeswürdigkeiten“ überhäuft, versteht sich am Rande und wir würden davon auch nicht zweiter Notiz genommen haben, wenn er nicht gleich wieder in den Fehler verfallen wäre und geradezu unverschämmt gelogen hätte. In Nr. 258 der „Buerischen Zeitung“ läßt sich August folgendenmaßen vornehmen:

„Daß die sozialdemokratischen Knappschaffts-Vereine durch den Antrag des Genossen Winkelhage-Clabbed in der letzten Sitzung des Knappschafftsvorstandes auf Erhöhung des Honorars für die Vorstände von 600 auf 720 Mark pro Jahr veranlaßt haben, daß sie zunächst für sich bei der bevorstehenden Satzungsänderung zu sorgen gedachten, unterschlägt die sozialdemokratische Presse einschließlich der „Bergarbeiterzeitung“. Ueber derartige Pläne dürfen ja die Mitglieder nicht aufzuklären werden. Nun, für letzteres wird schon von anderer Seite gesorgt werden. Genossin können wir den Knappschafftsältesten recht gerne eine bessere Versorgung ihrer vielen Arbeiter für die Knappschafftsmitglieder, aber zuerst oder wenigstens gleichzeitig müssen die Vorstandsmitglieder werden. Diesen Standpunkt vertreten auch die Knappschafftsältesten des christlichen Gewerkevereins.“

August sagt an anderer Stelle der „Buerischen Zeitung“, daß er in den letzten Wochen Zeit gehabt hätte, die Bergarbeiterbewegung mit Mühe zu betrachten. Er ist auch Leser der „Bergarbeiter-Zeitung“ und da er diese besonders in sein großes Herz geschlossen, es ihm an Mühe auch nicht gefehlt hat, daß man wohl voraussetzen darf, daß er aufmerksam gelesen hat. Trotzdem behauptet er, die „Bergarbeiter-Zeitung“ hätte von dem Inhalte des Knappschafftsältesten Winkelhage-Clabbed auf Erhöhung des Honorars für die Vorstände nicht Notiz genommen, denselben unterschlagen. Das ist ein jauchzendes Gelogen! In Nr. 48 der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir auf Seite 6 unter „Knappschafftschick“ darauf hingewiesen, daß die Behauptung der „Buerischen Zeitung“ und ihrer Redaktionsleiter Schweitzer, daß die Verbandsältesten eine Erhöhung des Vorstandsgehaltens beantragt hätten, unavast ist, sondern daß Winkelhage ohne Einverständnis mit den Verbandsältesten ein Honorarerhöhung beantragt hat. Und auf Seite 7 derselben Nummer hat der Gesamtvorstand unseres Verbandes — und darunter befinden sich mehrere Knappschafftsälteste — erklärt, daß er mit dem Inhalte Winkelhage nicht einverstanden sei. Letzterer ist auch aufgedeckt worden, den Antrag zurückzuziehen. Als unverschämter Leser der „Bergarbeiter-Zeitung“ muß das Herrn Prust bekannt gewesen sein, trotzdem liegt er, die Verbandsältesten wollten bei der bevorstehenden Satzungsänderung zunächst für sich selbst sorgen. Wir haben nichts verschwiegen und auch nichts unterschlagen, wo wir auch nicht die geringste Veranlassung haben. Wenn Unterschlagungen begangen sind, dann ist es auf der anderen Seite geschehen. Daß die der Kommission Herrne angehörenden Gewerkevereinsältesten für sich eine Erhöhung des Vorstandsgehaltens beantragt haben, davon hat meines Wissens die gesamte Zentrumspresse und der „Bergknapper“ auch nicht ein Wort verstanden. Wohl hat die „Buerische Zeitung“ vor einigen Wochen im Anschluß an den Bericht von der Verbandsführung des Knappschafftsvereins berichtet, daß der Vorsteher Winkelhage und die Vorstände der Kommission Herrne einen Antrag auf Honorarerhöhung gestellt hätten. Kritisiert wurden aber nur die „sozialdemokratischen Vorstände“. Wir haben auf diese Ausführungen bereits in Nr. 43 der „Bergarbeiter-Zeitung“ geantwortet.

Nach Ansicht Prusts braucht ein „christlicher“ Arbeiterführer nicht die Wahrheit zu sagen und von dieser sich selbst gegebenen Dispens hat er zu allen Zeiten den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Doch in einem Punkte steht er vorteilhaft vor manchem seiner Genossinnen ab: Er liegt ehrlich! d. h. er liegt gleich immer so, daß jeder Winde die Augen mit dem Stode fühlen kann, und das ist in diesem Falle geschehen. Damit hat er uns noch nicht geschadet. Diese Tatsache läßt uns über manches hinwegsehen, und darum seien ihm die anderen „Liebeswürdigkeiten“, die er uns in Nr. 258 der „Buerischen Zeitung“ beschert, geschenkt. Ja, wir sind christlich genug, dafür zu plädieren, daß er für die vielen Lügen, die er auf dem Gewissen hat, nicht allzu lange im Gefesselt zubringen braucht. R. W.

Wittensfen I. Den hiesigen Mitgliedern zur Nachricht, daß uns der Wirt Schmidt (Kaiseraal) sein Lokal zur Abhaltung unserer Mitgliederversammlungen entzogen hat. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet deshalb am 11. November, vormittags 11 Uhr beim Wirt Masfendberg statt.

Castro. Schichtenverlängerungen und Ueberstunden im Ruhrgebiet. In letzter Zeit mehren sich die Klagen der Kameraden über die Verlängerung der Schichtdauer. Veranlaßt durch den glänzenden Kohlenabsatz mühen die Zechen Unpünktlichkeit und Verlängerung der Schichtzeit wieder einzuführen. Vorständig, von Tag zu Tag, damit die Arbeiter selbst kaum merken, wie sie davon gemahnt werden, wird nach dieser Richtung vorgegangen. Das Vergehen wird gerade am meisten in Bezug auf die Dauer der Schichtzeit und das Verfahren von Nebenarbeiten unbeachtet gelassen. Wir kommen immer mehr davon ab, von der Bergbehörde eine genügende Kontrolle zu erwarten, weil eine solche von den wenigen Bergbeamten, selbst bei etwaigem gutem Willen, nicht ausgeführt werden kann. Die Arbeiter müssen nachsehen. Wir veröffentlichen nachstehend die Bestimmungen des Gesetzes nebst Erklärungen. § 93 h, die regelmäßige Arbeitszeit darf für den einzelnen Arbeiter durch die Ein- und Ausfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden. Ein etwaiges Mehr der Ein- und Ausfahrt ist auf die Arbeitszeit anzurechnen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit, welche zur Umgehung der vorstehenden Bestimmungen erfolgt, ist unzulässig. Als Arbeitszeit gilt die Zeit von der Beendigung der Seifahrt bis zu ihrem Wiederbeginn. Der Sinn dieser Bestimmungen ist kurz der: Der Unternehmer darf die Arbeitszeit des Arbeiters darf bei einfacher Schicht 8 1/2 Stunden nicht überschreiten. Jede seitens der Zechen veranlaßte Verlängerung des unterirdischen Aufenthalt ist ein Verstoß gegen das Gesetz, welcher mit Geldstrafe bis zu 200 Mk. bestraft werden kann. Wir rufen nun aber ganz bestimmt, daß auf einzelnen Orten die Arbeiter länger wie acht Stunden und dreißig Minuten unter Tage sind. Was im vergangenen Winter im Dortmund und Gelsenkirchen vorgekommen wurde, muß wiederholt werden, nämlich die Nachkontrolle der Schichtzeit durch die Verbandsältesten. Wir rufen deshalb die Kameraden, welche bei Befragung einer Zechen — nicht Ueber- oder Doppelschicht — länger wie acht Stunden und dreißig Minuten in der Grube bleiben lassen, uns die Schicht nebst Datum und Dauer des unterirdischen Aufenthaltes anzugeben. Noch mehr wie gegen obige Bestimmungen wird den § 93 d. verstoßen. Dasselbe lautet: Vor dem Beginn sowohl der regelmäßigen Schicht als seiner Nebenarbeit muß für den einzelnen Arbeiter eine mindestens achtstündige Ruhezeit liegen. Nach dieser Bestimmung darf ein um 2 Uhr ausfahrender Arbeiter der Morgenschicht nicht vor 10 Uhr abends wieder einfahren; ein um 10 Uhr ausfahrender Arbeiter der Mittagschicht nicht vor 6 Uhr morgens und ein um 6 Uhr morgens ausfahrender Arbeiter der Nachtschicht nicht vor 2 Uhr mittags einfahren. Es ist aber, daß entgegen dieser Bestimmung die um 2 Uhr aus-

gefahrenden Arbeiter der Morgenschicht schon abends um 9 Uhr mit der Nachtschicht wieder einfahren und die um 10 bis 11 Uhr ausfahrenden Mittagsschicht am folgenden Morgen um 6 Uhr mit der Morgenschicht einfahren. In beiden Fällen liegt zwischen Aus- und Einfahrt kein achtstündige Ruhezeit. Der Arbeiter muß acht Stunden in der Nacht einhalten. Wir rufen die Verbandsmitglieder um alle Fälle der Nichteinhaltung der achtstündigen Ruhepause zu melden. Die Zechen können sich nicht auf eine etwaige Freiwilligkeit der Arbeiter stützen. Sie sind verpflichtet die Markenabgabe und Seifahrtzeit für die auf acht Stunden wieder umkehrenden Arbeiter so einzurichten, daß kein Arbeiter ohne Innehaltung der gesetzlichen Ruhepause einfahren kann. Die Kameraden wollen sich die Sache merken. Man schreibe bei Uebertretungen den Namen der Zechen, Datum, die Zeit der Einfahrt und den Namen des ohne achtstündige Ruhepause wieder einfahrenden Arbeiters auf. Wir werden dann die Gesetzesübertretungen öffentlich festnageln.

Dem. Den Kameraden zur Kenntnis, daß der Wirt Herr W a c l i n g seinen Versprechen gemäß seinen Saal zur Verfügung stellt und finden die Parteiverfassungen jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 8 Uhr, statt. Kameraden, eure Pflicht ist es nun, den Wirt in jeder Hinsicht zu unterstützen, sei es durch zahlreiche Parteiverfassungen und Verneinung aller anderen Lokale, deren Bestehen uns sonst nicht kennen. Die nächste Parteiverfassung findet statt am 18. November, und ist ein tüchtiger Referent zur Stelle.

Offen-West-Solterhausen. Den Kameraden zur Nachricht, daß wir unser Parteiverfassung am Herrn Heinrich S o b b e, am Westendhof, Gese Gesehstraße, verlegt haben. Die Parteiverfassungen finden nunmehr jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, statt. In der Parteiverfassung am 18. November sei jedes Mitglied erschienen.

Solterhausen. In der Parteiverfassung am 18. November findet die Wahl der Ortsverwaltung statt. Die Kameraden wollen recht zahlreich sich hierzu beteiligen.

Margloh. Kameraden, es ist Zeit, zur Knappschafftswahl zu rüsten, nur einige Wochen trennen uns noch von der Entscheidung, wenn der neue Sprengel 277 a zu fallen soll. Wir jeder habt ihr gesagt, daß ihr euer Recht zu wahren wißt und mit für Kandidaten stimmt, die es wirklich ehrlich mit der Arbeiterfrage meinen. Wir können keine Knappschaffts-Vorstände brauchen, die für die Erhöhung der Beamtengehälter eintreten, denen es dagegen gleich ist, wie es dem invaliden Bergmann geht. Vornwärts heißt unsere Parole. Nicht genug ist es, wenn wir liegen bei der Wahl, sondern die erdrückende Mehrzahl der Stimmen, die am 24. November auf unsere Kameraden fallen, müssen beweisen, daß hier auch nicht der geringste Boden für Leute ist, die mit den Werksbesten Hand in Hand gehen. Unsere Kandidaten sind: Johann Frohn, Knappschafftsnummer 145 298, Wilhelm Heil, 109 033.

Agitiert, kauft die Subskriptanten auf, damit auch diese wissen, wen sie zu wählen haben.

Wanne. In der am Sonntag den 28. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden nachfolgende Kameraden als Kandidaten zur Vorstandsmitgliedern aufgestellt. Für den Sprengel Nr. 276 a die Kameraden J o h. S e i n e r und W a l t e r i n N i e h w i z; für den Sprengel 275 h die Kameraden W i l h e l m S c h o n t und F r a n z T y r a k o w s k i. Es ist Pflicht aller Kameraden, in die Agitation einzutreten und dafür zu sorgen, daß der Sieg des Verbandes sicher ist. Auch für die Unentschiedene muß früh genug gesorgt werden. Sollten auf einigen Zechen auf Verlangen keine ausgestellt werden, so ist dieses dem Vertrauensmann sofort mitzuteilen, damit die nötigen Schritte unternommen werden können. Die Wahl findet am 24. November statt. In diesem Tage darf kein organisierter Kamerad fehlen und muß jeder noch andere Kameraden veranlassen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Siedlich. Arbeiterisiko! Am 18. Oktober verunglückte der Arbeiter Bachmann bei den Abraumarbeiten auf Grube „Mathilde“ tödlich. Bachmann sollte, während der Waagung im Gange war, die Maschine abhängen, dabei kam er unter die Maschine und wurde überfahren. Es ist streng verboten, die Arbeiten während dem Gange zu machen, und dennoch werden die Arbeiter von den Beamten veranlaßt, dieselben zu verrichten. Gleich nach dem Unglücksfall ging die alte Kurzeile wieder ruhig weiter, trotzdem die Arbeiter sich dagegen sträubten. Hier wäre es angebracht, wenn die Aufsichtsbefehle einmal gründlich Remedur schaffen, den Beamten klar machen, daß die Vorschriften nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch eingehalten werden müssen. Aber auch den Arbeitern raten wir, ihre Leben und Gesundheit zupflichten indem sie der Organisation beitreten, dann stehen sie den Beamten nicht schutzlos gegenüber.

Weißwasser. Am 21. Oktober fand hier im Saale des Herrn Reinhold D o t t l e, G a b e l n z, eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Kamerad W e i l e r t, Senftenberg, sprach über die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter, Bericht über die Siebener-Kommission und was sind unsere Forderungen. Nach diesem wurde die in allen Versammlungen vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. In der Diskussion streifte zunächst Kamerad G r ü t t n e r die Agitationsverhältnisse in der Oberlausitz und gefielte namentlich das Verhalten der Kameraden der Zechen „U b e l i n e“ Weißwasser, sodann forderte er die Versammelten zum Eintritt in den Verband sowie zum Bezug der Arbeiterpresse auf. Ein Beamter der hiesigen Zechen, der stellvertretende Betriebsführer Herr F r i e d r i c h, erklärte selbst, mit organisierten Arbeitern viel lieber zu arbeiten als mit Unorganisierten. Er gab zu, daß heute, wo alles organisiert ist, auch der Arbeiter ohne Organisation nichts erreichen kann. Die übrigen Redner sprachen sich im gleichen Sinne aus. Nach einem Schlußwort des Kameraden Weikart wurde die Versammlung geschlossen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Roßberg. Am 31. Oktober sprach im hiesigen Gewerkschaftsaule der Kamerad F u e. Die Versammlung war sehr gut besucht. Der Referent behandelte das Thema „die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter“ in einer vorzüglichen Weise. Er schilderte zunächst den jetzigen Stand der Bewegung und kommt dann auf den abzulehnen Standpunkt der Unternehmer zu sprechen. Wie die Bewegung enden werde, könne man jetzt nicht voraussagen. Alle Verbände (sind an der Zahl) seien dieser Tage zusammen gewesen und darin einig geworden, daß die jegliche Entlohnung der Bergarbeiter bei weitem nicht den Verhältnissen entspreche. Hier müsse Remedur geschaffen werden und das könne nur durch eine starke Organisation geschehen. Auch die Unternehmer säßen geschlossen in einer Organisation, kümmerten sich weder um religiöse noch nationale Fragen. Die Streikigkeiten müßten aufhören, dadurch würde auch die Zersplitterung aufhören. Zum Kampf gehörten Mittel, und diese könne nur eine große Organisation aufbringen. Unter großem Beifall schloß Redner seinen interessanten Vortrag mit der Aufforderung, Mann für Mann dem Deutschen Bergarbeiter-Verband beizutreten. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Mit einem Hoch auf den Deutschen Bergarbeiter-Verband schloß der Vorsitzende die impassante Versammlung.

Lohnbewegungen und Streiks.

Der Lohn ist gestiegen, er wird weiter steigen, so lautet die Antwort der Werksunternehmer auf die Forderung der vereinigten Verbände, vorgebracht durch den Arbeiterauschuß. So fand am 1. November eine nicht zum besten besuchte Belegschafts-Versammlung der Zechen von der H e n d t und S h a m m o d I und II in Herne statt. Hatte der Arbeiterauschuß diese Versammlung nicht im hochfaktierten K a m p e i e r j e h e n Lokal einberufen, sind wir der Ueberzeugung, daß tausende Kameraden erschienen wären. In dieser Versammlung erstatteten nun die Ausschüßmitglieder Bericht. Kurz gefaßt berichteten dieselben folgendes: „Die Werksbesitzer bemängeln nichts. Es wurden ihnen, nach ihrer Darlegung, Lohnabrechnungen vorgelegt, ihnen erzählt, der Lohn sei bis Oktober um 8 bis 9 Prozent gestiegen, er werde der Konjunktur entsprechend weiter steigen. Sperre bestreite keine Ueberstunden werden keine gemacht. Ein freundschaftliches Glück auf, der Ausschüß kann gehen, hat nichts erreicht und soll nun für ein gutes Einvernehmen sorgen. Nachgewiesen wurde aber auch in dieser Versammlung von verschiedenen Kameraden, daß ihr Lohn nicht gestiegen sondern gefallen ist, daß die Sperre noch besteht und daß die Ueberstunden durch mangelnde Praktiken erst „stetwillige“ werden.“ Ein Arbeiterauschuß von **Unternehmern**. Ueber einen solchen berichtet die „Halleische Volkszeitung“. Sie schreibt: „Die Vater-unser-Grube hat in der sozialen Fürsorge den Vogel abgepfiffen. Man höre und laune. Unter schweren Wehen hat die letzte Ausschüßsitzung (unter Zuhilfenahme von einigen guten Zigaretten und drei Gläsern Wein) folgende Entschlüsse gefaßt: 1. Gründung einer guten Bibliothek beim. Vereinnung tüchtiger Bücher (vielleicht Stöckerische Traktate) oder die Schimpf-Opfeln des Eisenerz Bergbau (2). 2. Gründung eines Königstreuer Bergbauvereins (der führt gerade noch oder ähnlich. Aber, wir wollen nicht ungerecht sein. Ehre, wenn die Grube

gehüht, man sprach über die Lohnfrage und die gestellten Lohnforderungen. Und da sah man erfreulicherweise auf dem hohen Post. Was die anderen geben können, können wir auch“, aber wir erhöhen die Löhne von selbst.“ Die Arbeiterauschüsse haben sich damit zufrieden, doch werden die Arbeiter keine Lust haben, mit ihren Forderungen bis zum St. Nimmerleinstag zu warten zu wollen. Man steht aus all diesem, daß die Unternehmer müßten, was sie taten, als sie beschlossen, nur mit dem Arbeiterauschuß zu verhandeln. Wenn ihnen nur kein Strich durch ihre Rechnung gemacht wird!

Die Vertreter des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks sehen die Forderungen nicht als begründet an, indem sie in einer am 30. Oktober in Leipzig stattgefundenen Versammlung erklärten, daß die Arbeiterlöhne in dem mitteldeutschen Braunkohlenbezirk in den letzten Jahren und besonders in dem laufenden Jahre den Verhältnissen entsprechend gestiegen seien. Unter diesen Umständen könnten Forderungen, wie sie die westfälischen Arbeiterverbände aufgestellt haben und die nunmehr von den Arbeiterauschüssen aufgenommen werden sollen, als begründet nicht anerkannt werden; berechtigten Wünschen der Arbeiterauschüsse würde dagegen Rechnung getragen werden. Von Lohnerbhöhung wollen die Herren also nichts wissen, aber sonstige berechtigete Wünsche sollen anerkannt werden. Wer weiß, was das Unternehmern unter „berechtigt“ versteht, wird die Haltung der Bergbauverwalter verstehen. Auf alle Fälle haben die mit den Lohnforderungen vertrauten Kameraden die Pflicht, den Herren klar zu machen, daß die Forderungen der Bergarbeiter sehr gut begründet und auch berechtigt sind.

Was die ober-schlesischen Zeitungen melden. Die „Gazeta Robotnica“ schreibt, es sei die höchste Zeit, daß die ober-schlesischen Arbeiter dem Bochumer Bergarbeiterverband massenweise beitreten. Die nationalpolnischen Blätter fordern zum schlesischen Beitritt in den Bochumer Arbeiterverein zur gegenseitigen Hilfe auf. Der „Polak“ schreibt u. a.: „Es ist zu erwarten, daß die ober-schlesischen Arbeitgeber-Kapitalisten an erster Stelle Widerstand leisten werden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Betrieb auf allen Gruben auf einen Schlag zum Stillstand gebracht wird; ausgenommen sind einige wenige Streikbrecher. Nach den Gruben werden auch die Hütten, Fabriken, sowie alle anderen mit Dampf betriebenen Werke stehen bleiben müssen. Der Eisenbahn- und Schiffsverkehr wird eine Unterbrechung erfahren. Unter der grauen Arbeitermasse wird es dann zu Fischen beginnen, wie in einem Dampfessel. Wehe dem, der nicht im Verein zur gegenseitigen Hilfe organisiert ist! Er wird umherirren, wie ein verlorenes Schaf. Wehe dem, der seine Groschen für die schwarze Stunde nicht gespart hat und sein Geld in der Kneipe vergeudet! Der Hunger wird ihn bald darüber belehren, was Sparbarkeit und Nützlichkeit ist und was die Organisation für einen Segen bedeutet. Wir drängen nicht zum Streik, aber wir verkünden, wie seit jeher, den Grundsatz: „Seid vorbereitet!“ den Beschäftigten schickt Gott! Noch in der letzten Minute rufen wir allen zu: Spart, damit Ihr mindestens drei Wochen für Euer Geld ausfallen könnt.“ Die Blätter aller Parteien fordern also die Bergarbeiter zur Organisation auf. Wägen sie diesen Ratsschlag befolgen, denn nur eine starke organisierte Arbeiterschaft kann einen Kampf mit dem Unternehmertum aufnehmen. Müßt, auf daß ihr kämpfen könnt.

Der Abgeordnete Gothein nimmt zur Lohnbewegung im Ruhrgebiet in der „Vb. Korresp.“ das Wort. Er macht dabei zunächst auf den Wiederbruch aufmerksam, indem sich der Bergbauverein bewegt, wenn er jetzt die Siebenerkommission auf den Weg der Verhandlungen der Arbeiterauschüsse der einzelnen Gruben mit deren Verwaltungen verweist.

Die Sache ist nicht ohne Humor, wenn man sich erinnert, wie die Vertreter der Arbeitgeber im Abgeordnetenhause die Arbeiterauschüsse bekämpft haben. Sie lassen sich jetzt von ihrer Presse wegen ihrer lokalen Haltung diesen gegenüber loben, aber sie verschweigen, daß dann ihrer Haltung im Abgeordnetenhause die Arbeiterauschüsse gar nicht bejubelt sind die Belegschaft bei Lohnkämpfen zu vertreten; sie dürfen nur „Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntnis der Bergwerksbesitzer bringen und sich darüber gutachtlich äußern“. Mein im Reichstag angenommen, vom Abgeordneten Wolf-Vissa im Abgeordnetenhause angenommener Antrag wollte den Bergarbeiterauschüssen die Befugnis beilegen, für die Belegschaft über Lohnfragen zu verhandeln; er wurde dort aber mit Hochmuth abgelehnt, da er „nicht dem Frieden, sondern dem Krieg diene, da er den Arbeiterauschuß zu einer Kampforganiation mache“. Und jetzt weist der Bergbauliche Verein den Arbeiterauschüssen die Funktionen zu, die er ihm vor einjährig haben verweigert und die ihnen gefehlt gar nicht zustehen; ja sie müssen von Nachhinein wegen aufgelöst werden, wenn sie ihre Befugnisse überschreiten. Dieses Selbstvertrauen des Bergbaulichen Vereins nach so kurzer Zeit hat etwas Erheuerndes, denn es zeigt von wachsendem sozialen Verständnis.“ Darin irrt sich Herr Gothein doch, wenn er annimmt, daß beim Bergbaulichen Verein das soziale Verständnis wachse. Im Gegenteil: Die Herren glauben so, den Vergleuten ein Schnippchen schlagen zu können, was ihnen aber durch den Beschluß der vereinigten Verbände, daß sie die Führung behalten, vereitelt wurde.

Die Forderungen der katholischen Arbeiter-Vereine in Niederschlesien sind abgelehnt, es wird nur mit dem Arbeiterauschuß verhandelt. Die katholischen Arbeitervereine werden nun bald einsehen, daß es doch einen Klassenkampf gibt, er ist eben nicht hinwegzuleugnen. Die Unternehmer fragen den Teufel danach, welche Tendenzen ein Verein verfolgt, sowie er Forderungen stellt, ist er ein „Gehörner“. Dagegen hat die Verwaltung der „Ueberbrücke“-Grube vor kurzer Zeit für ihre Belegschaft Hauerbälle veranstaltet, in der sehr durchsichtigen Absicht, auf diese Weise über die drohende Lohnbewegung der Vergleute hinwegzukommen. Dasselbe Manöver machen auch unsere patriotischen Kleinvereinsleiter, aber mit lächerlich schlechtem Erfolg. So hatte auch der Arbeiterverein kürzlich ein Tanzfranzösischen arrangiert, was aber nicht tanzen mochte, das waren die bergmännischen Krieger. Obgleich der Verein circa 700 (!) Mitglieder zählt, waren ganze 23 Mann gekommen, um des guten Zweckes wegen über ihre Sorgen hinwegzuleugnen. Die anderen paar Hundert blieben zu Hause und tragen so die Schuld an dem langen Geßicht, mit dem die Arrangente jetzt herumlaufen. Die Bergflauen erwachen allertorten und sind ihre Fesseln leid.

Eine Sitzung des Arbeiterauschusses auf der Königin Luise-Grube bei Zabze in Oberschlesien fand am 26. Oktober statt. Der Ausschüß forderte im Namen der Belegschaft die bekannten Forderungen. Der Herr Bergwart S a l z b r u n bemerkte dazu, er und die Beamten hätten noch nichts von einer Währung unter der Belegschaft bemerkt. Die „Gehörner“ bringen nun das Ausschüßmitglied W e i s e r vor den Gartenfrage (Gewerkschaftsbaus) mit. Weiter sollte überhaupt nicht das Wort erhalten, da er allein es sei, der die Leute aufbehalte. Ferner fragte der Herr Bergwart Salzbaum den Kameraden, wie er zu dem Geheimzirkular komme, das er in einer Versammlung vorgelesen habe? Der Herr scheint nicht zu wissen, daß dasselbe schon längst in unserer Zeitung veröffentlicht wurde. Weiter stellte auch den Antrag, daß vor besseren Orten gewechselt werden sollte, damit nicht immer gutgeteilte sondern auch die anderen Arbeiter einen besseren Lohn verdienen könnten. Doch schnell hatte der Bergwart Hise gefunden durch das Ausschüßmitglied G., der ausführte, daß durch das Wechseln nur noch mehr Unglücksfälle passieren könnten. Der Herr Bergwart bemängelte eine Lohnerbhöhung von 25 Pfg. pro Schicht, aber nur für herrschaftliche Schichten, die jedoch nur äußerst selten gemacht werden. Die Gebungsarbeit soll unten geregelt werden, das heißt also, es bleibt beim alten. Für Ueberstunden zu stimmen, kann man den Arbeiterauschüß brauchen, will er aber einmal die Interessen seiner Arbeitbrüder wahrnehmen, so nennt man ihn Heher. So sieht das Verhandeln mit den Arbeiterauschüssen aus. Es gibt nur eine Hilfe für uns: Das ist agitieren, und zwar unermüdet, daß unser Verband hier die Macht bekommt, dem Unternehmertum ein Paroli zu bieten.

Die Stimmung der Börse. Die „Zukunftsbank“ verfaßte einen Steigungsbericht der Börse. In diesem Bericht heißt es unter anderem: „Hierzu kommt noch die ungelöste und immer unklarer werdende Lohnfrage der Bergarbeiter. Preislos ist es bitter Unrecht vom Bergbaulichen Verein, daß er auf seiner Weigerung, mit der Siebener-Kommission zu verhandeln, in hartnäckiger und eigenfinnischer Weise verharrt.“ Die Sympathien des Publikums sind bis jetzt unbedingt auf Seiten der Arbeiter, und wenn auch bis jetzt die veröffentlichten Antworten des Vereins zwar in ebenso verächtlichem Tone gehalten sind, wie das Anschreiben der Verbände, so hat man doch das Gefühl, als wenn ein Unrecht auf Seiten der Herren Kitzdorf, Engel und Konforten liege. Es kann sicherlich nicht unrichtig sein, wenn man sich bis nach der Liquidation vom Geschäft etwas zurückzieht, um abzuwarten, wie sich die beiden gegenwärtig die Börse ungewöhnlich beschäftigenden Fragen, der Geldmarkt und die Lohnerbhöhung, entwickeln werden. Aber wir haben Ihnen früher schon einige Mal den Rat erteilt, gerade am machen Börsen Notizen zu tätigen und diejenigen unserer Freunde, die unseren Rat befolgen, sind meist gut dabei gefahren.“

Mißstände auf den Gruben.

Muhrrevier.

Sehe Altschaden. Am 22. Oktober mußte die Mittagschicht bis morgens 5 1/2 Uhr in der Grube liegen bleiben. Wer begaht den Kameraden die doppelte verfahrenere Schicht? Auch die Nachtschicht hatte das Vergnügen, ebenfalls bis 12 Uhr liegen zu bleiben, um dann nach Hause geschickt zu werden. Die ganze Sache kam daher, daß ein neuer Korb eingebaut werden mußte. Warum wurde da des Mittags nicht schon Bescheid gesagt? Hatte man Angst, daß die Jagd nach Kohlen darunter leiden könnte? Wir möchten den Betriebsführer ersuchen, die Zeilfahrt etwas näher anzusehen, denn des Morgens wird man um 5,25 Uhr hereingeführt, des Mittags kommt man erst um 2,20 Uhr, manchmal auch erst um 1/2 Uhr heraus. Auf dem Füllort der reinsten Kohle stehen wieder leere und geladene Wagen in Wäse bei der Seilfahrt. Wir glaubten, es solle Remedur geschaffen werden, aber weit gefehlt. Hoffentlich geschieht es jetzt.

Sehe Altschaden. Im Revier des Steigers Hilleinghaus sind die Fahrerüberhänge im Flöz Didebant, dritte Abteilung, in einem solchen Zustande, daß man es nicht wagen kann, durchzugehen. Die meisten der dort arbeitenden Leute nehmen ihren Weg durch den Brennsberg und riskieren, daß sie, wenn ertappt, bestraft werden. Die Revier- wie Flözsteiger machen sich die Sache bequem, sie fahren mit dem Brennsberg von einem Ort zum andern. Sie bringen es sogar fertig, auf dem Teufel (Gegengewicht), von der oberen Hälfte des Brennsberges aufzufahren. Wenn den Herren dies erlaubt ist und ihnen nichts an ihrem Leben liegt, so soll dies uns gleich sein, aber verlangen müssen wir, daß die Fahrerüberhänge in Ordnung gebracht werden, auf daß man sie passieren kann. Wir können für unsere Familien nichts zurliegen, bei den Löhnen die hier gezahlt werden, und wollen ihnen deshalb solange wie möglich erhalten bleiben.

Sehe Bruchstraße. Diese Grube scheint ihren Ruf als „Mustergrube“ wieder alle Ehre zu machen. Wie hier die Löhne steigen, ist aus zwei uns von einem Arbeiter überbrachten Lohnbüchlein, die bei uns eingesehen werden können, ersichtlich. Derselbe verdient als Bauer:

Juli 1902	18 Schichte	129,10 Mk.	à Schicht	7,16 Mk.
August	25	72,40	"	5,55
Septbr.	25	122,70	"	4,90
Juli 1900	20 Schichte	76,75 Mk.	à Schicht	3,83 Mk.
August	0	24,00	"	4,00
Septbr.	10	78,52	"	4,18

Der Mann verdient demnach in der Zeit der größten Aufstockung 100% pro Schicht 1,00 Mk. mehr als zur Zeit der Kohlennot 1900. Ja, die Lohnbücher reden eine andere Sprache als die Lohn Tabellen der Untertagepresse.

Sehe Dorfsele. Keine Mißstände sind vorhanden, hieß es nach dem Streik 1905, nachdem die Untersuchungskommission den Schaden im Muhrrevier einen Besuch abgestattet hatte. Auf hiesiger Sehe sind aber Mißstände in Hülle und Fülle. Nach dem Streik sollte auch die Wasserkante geändert werden, aber jetzt, nachdem Schacht I zu Bruch liegt, sind eine ganze Anzahl Kameraden hier noch eingekerkert worden. Obwohl man für eine kleine Anzahl anderer Raum geschaffen hat, sieht es hier traurig aus. Auch eine Wohnhalle sollte gebaut werden, aber nichts von dem ist in Erfüllung gegangen. Die jetzige Wohnhalle faßt 5-8 Mann, während die übrige Belegschaft, oft 150-200 Mann, in Wind und Wetter steht. Traurig ist es ferner, daß man verschiedenes Gezehe, z. B. Sägen, sofort am ersten Arbeitstag bezahlen muß. Nur die Schanfelden erhält man jetzt im Gezehebuch eingetragen, was sich auch gehört. Die Kreuze müssen sich die Haue selbst kaufen. Hoffentlich verdienen die Aktionäre soviel, daß in Zukunft die Kreuze geliefert werden kann. Des weiteren wäre zu wünschen, daß die Arbeitel in einem besseren Zustande gehalten würden. Die Fälsche ist nicht in Ordnung, der Verkauf ist so mangelhaft, daß man es an verschiedenen Stellen vor Ort nicht aushalten kann. Auf einzelnen fehlt die Gelegenheit ganz; aber sollte dieses extra eingeführt sein, daß die Arbeiter sich nicht so lange aufhalten, denn Zeit ist Geld und wird dieses, so scheint es, für Lustfahrten und Springbrunnen angelegt. Mit den Lohnverhältnissen sieht es traurig aus. Vor nun zwei Monaten verlangten eine Anzahl Tagesarbeiter, wie es hieß, 32 Mann, einige Gezehe Lohnverhöhung, welches abgelehnt wurde. Die Leute klagten und gingen fort. Lieber Tage mußte man nun auch Arbeiter haben und jeder Reviersteiger mußte drei bis vier Mann stellen; ungefähr 20 bis 25 Mann dieser Grubenarbeiter mußte man nun wohl oder übel den Lohn geben, welcher in der Grube verdient wurde. Die Tagesarbeiter verlangten 3,20-3,60 Mk., die Kohlenhauer mussten aber durchschnittlich 4,75 bis 5 Mk. erhalten, und die „armen“ Aktionäre haben den Schaden. Wie ein Tagesarbeiter mit 3 bis 3,50 Mk. auskommen kann, ist unbegreiflich, dort fehlt doch sicher die gefüllte Kompostschiffel. Schreiber dieses hat auch vier bis sechs Schichten über Tage gearbeitet; dort hat man nicht soviel Zeit, daß man sein Futterdorf versehen kann. Es ist traurig, daß man diese Leute nicht besser bezahlt bei ihrer harten und langen Arbeit, aber Liebeschichten können sie machen. In der Grube geht es nicht besser, wenn eine Kameradschaft mal Anständig hie, etwas zu verdienen, so finden die Beamten immer etwas, den Arbeiter in seinem Verdienst zu schmälern. Vor dem Streben, wo früher Kollaten gemacht, wurden 5 bis 10 Mark gezahlt, ebenso bei den Verhächlern in den Strecken gab es 3 bis 4 Mark. Aber heute heißt es, dafür gibt's nichts. Die Bedinge liegen niedriger wie früher. Einer Kameradschaft, welche die erste Fälsche im Monat etwas verdient hatte, wurde die zweite Hälfte des Monats, wo sie andere Arbeit bekam, ein so niedriges Bedinge gesetzt, daß die Leute für den Monat 15-20 Mk. Schaden hatten. Das Bedinge wurde auf einzelnen Stellen um 10 bis 20 Pfg. pro Wagen Kohle reduziert. Es ist, als wollte man die Kameraden zum äußersten reizen. Besonders tüchtig ist der Fahrsteiger K. H. L. a. g., wollte man doch solche wichtige Beamten arbeiten lassen und den faulen Arbeitern den Meißel ins Gebirn geben, dann hätte die Verwaltung einige hundert Arbeiter sparen können zum Nutzen der Aktionäre. Hoffentlich wird sich alles zu einem besseren wenden, da der frühere Betriebsführer J. B. e., der hier so schneidig auftrat, und dem besonders die Kameraden, die in der Arbeiterbewegung tätig waren, ein Dorn im Auge war, uns verlassen wird; hoffentlich auf Anminierwiedersehen. Vielleicht wird der jetzige neue Betriebsführer sich besser um die Lohnverhältnisse kümmern, damit nicht der eine 6 bis 7 Mk. und der andere 3 bis 4 Mk. verdient. Er wird sich hoffentlich auch nicht zu viel von dem obengenannten Herrn Fahrsteiger leisten lassen, denn dann wird kein gutes Innenvernehmen zustande kommen. Auch mit den Hausbrandkosten für die Arbeiter sieht es traurig aus, so wie der Wagen aus der Grube herauskommt, muß der Fuhrmann ihn nehmen. Kohlen erhält man manchmal, die nicht das Geld für den Fuhrmann wert sind. Fürdortbar viel Liebeschichten werden hier verschren, freiwillig und auch durch künstlichen Zwang, hier muß unbedingt Remedur geschaffen werden. Kameraden, helft euch selbst, damit man euch als Mensch achtet. Gineit in die Organisation!

Sehe Gwade (Schacht I und II). Im Revier II müssen die Verhauer volle Holztafel den Berg mittels Ramme hinuntertransportieren. Es fahren oft fünf bis sechs Mann hintereinander her, wie leicht kann eine Ramme brechen und Menschenleben sind das Opfer dieser grenzenlosen Leichtfertigkeit. Auch werden in dem Berg, wenn Leute noch in denselben sind, volle Holztafel herunter gelassen. Pferde werden darinnen transportiert, kann es doch schon vor, daß ein voller Holztafel einem Pferde vor die Brust plog. Die Pferde werden auch öfters ohne Führer nach dem Stalle gejagt und man ist nicht sicher, durch ein solch dahinjagendes Tier zu Boden geworfen und zertrümmert zu werden. Ermutigt wird die in der Woche auf der Halbe gekörnte Kohle eingeladen. Es hört sich da niemand an die Arbeit. Bei Arbeiter-Veranstaltungen ist dies freilich etwas anderes. Wir glauben, daß das Einladen auch am Werktag geschehen kann, denn es ist keine nötige Arbeit zur Aufrechterhaltung des Betriebes. Hier könnte einmal nach dem Rechten gesehen werden.

Sehe Hasenwinkel. Wie künstlich ein hoher Durchschnittslohn für die Bergarbeiter herausgerechnet wird, zeigt uns die Lohnberechnung für die Maschinenwärter auf hiesiger Sehe. Die Maschinenwärter stehen im festen Gehalt, müssen jedoch jeden Tag eine Schicht verfahren, sobald jeden Monat 30 bis 31 Schichten verfahren werden. Im Lohnbuch werden nur 25 Schichten vergütet. Der Lohn, der auf 30 bis 31 Schichten im Monat verdient wurde, und nur auf 25 Schichten in Anrechnung kommt, wird wesentlich pro Schicht erhöht. Hier auf Hasenwinkel können mindestens 15 Personen in Betracht. Diese 15 Personen machen im Jahre 1000 Schichten mehr als angeführt werden. Rechnet man den Lohn auf 125 Mk. monatlich für die einzelne Person zu 31 Schichten, so macht dies pro Person und Schicht 4,00 Mk., rechnet man 25 Schichten, so macht dies pro Schicht 5,00 Mk. So rechnet man künstlich die hohen Durchschnittslohn der Bergarbeiter aus und die öffentliche Meinung wird dadurch beeinflusst. Der Lohn eines größeren Teiles der Maschinenwärter ist seit Jahresfrist nicht erhöht worden. Ein kleiner Bruchteil

bagegen hat eine Lohnerhöhung von 4 Prozent erhalten. Einen kleinen Teil der Tagesarbeiter ist der Lohn um einige Pfennige erhöht worden. Der größere Teil ist hieron verschont geblieben.

Sehe Wassen, Schacht III. Ein großer Liebeslohn herrscht hier noch mit den Bauarbeiten, vardon, Plänen. Kästig ist es schon sich — leicht, wo jede Woche 1 1/2 Schicht verfahren werden, also auch mehr Winne gebraucht werden — mit dem Bündel Holz abzuschleppen. Um so lästiger fällt einem dies, wenn man sich fast alle zwei Monate neue Pläne schreiben lassen muß, weil ein Teil derselben verloren gegangen ist, selbstverständlich mit dem Kohlewagen, auf welchem die Pläne stehen. Wie dies zugeht, ist leicht erklärlich. Bei dem jetzigen hasten und jagen nach Kohlen haben die mit Entleerung der Förderwagen beschäftigten Arbeiter nicht genügend Zeit, die durch den weiten Transport und die dadurch verursachte Erschütterung des in dem Kohlenstand stehenden Winne zu suchen. So ertönt öfters beim Klappen der Ruf „Winne“, was heißt, daß kein Winne gefunden, also der Wagen verentlos für den Arbeiter verloren ist. Wird der Winne noch auf der Leife gefunden, so kann man noch zu seinem Arbeitslohn kommen, geht er aber durch das große Sieb, dann adieu Winne und Verbleibe für einen Wagen Kohle. Auch auf der Leife gefunden Winne werden manchmal nicht angefahren, der dortige Schichtmeister meint öfters, es seien zwei Winne im Wagen gewesen. Hier muß auf irgend eine Art Remedur geschaffen werden, der Arbeiterauschuss soll deshalb schon vorgeschrieben haben, doch habe der Oberbetriebsführer geäußert: Es habe so lange Jahre mit Winnen gegangen, so würde es auch noch weiter gehen. Sollte dies Tatsache sein, so wäre nur anzunehmen, daß dem Herrn die Winne deshalb lieber als Waren sind, weil der Werteschatz die verlorenen Wagen zufallen. Vielleicht helfen diese Zeiten mit, daß man endlich statt der Pläne Marken einführt.

Sehe Minister Höhenbach. Am 21. Oktober waren Schachthauer an Schacht II damit beschäftigt, Schachthilfer mit dem Förderkorb herunterzulassen. Zwei Schachthauer, Gottfried Tenager von Brambauer und Anton Kamp von Waltpol, wollten mit dem Förderkorb hinunterfahren. Als der Korb in Bewegung war, riß plötzlich das Seil und sanken die beiden mit dem Förderkorb in die Tiefe. Beide Schachthauer wurden als total verblümmelte Leichen zu Tage gefördert. Der abgestürzte Förderkorb soll ohne Fangvorrichtung gewesen sein. Der Aufseherauschuss der Bergpolizei hat sich seit dem Unfall in die Tiefe zugeworfen. Der Unfallbericht wird von der ersten bis zur zweiten Seite abgeteilt und ist es dem Umstände, daß das Unglück sich an einem Sonntag ereignete, zuzuschreiben, daß nicht mehr Opfer durch das Unglück ihr Leben ließen. Die Abteilung ist bis auf ca. 100 Meter unter der ersten Sohle vollzogen; aber immer sind die Fördergeräte noch ohne Führungsvorrichtung. Außer einem ungenügenden Abschluß auf der ersten Sohle war auch nicht eine einzige Sicherheitsvorrichtung vorhanden. Wir erwarten uns seitens der Bergbehörde eine strenge Untersuchung über die Ursachen dieses so entsetzlichen Unfalls, damit die nachhaft Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Ebenso bedarf es folgender Aufklärung: Nach den uns gemachten Angaben ist acht Tage vor dem Unglück das Seil untersucht und soll bei dieser Revision das Seil als schlecht befunden worden sein. Warum — wenn dem so ist — wurde nicht gleich ein neues Seil aufgesetzt? Warum keine doppelte Sicherheit durch eine entsprechende starke Seilgarnitur? Denn durch das Fehlen einer solchen Sicherheit wäre das Unglück zu einer anderen Zeit wohl bedeutend größer geworden.

Sehe Neumühl. Längst wurden in Frankfurt und Limburg Leute angeworben. Der Werber erklärte, daß er Mühen heiße, „christliche“ Generevorkomitees mit für die Sehe Neumühl Arbeiter suche. Auch erdreckte sich jeder Mann, als ihm vorgehalten wurde, daß doch die Verbände im Interesse der Lohnbewegung vor Zuzug ins Muhrrevier warten, zu antworten, der „christliche“ Generevorkomitee sei mit der Umverlegung einverstanden. Es wird uns dazu um ein Neumühl berichtet: Am 24. Oktober traf hier ein Transport Arbeiter aller Berufs ein. Die Leute, meistens aus Herbergen zusammengeführt, waren über die augenblickliche Lage im Muhrrevier nicht informiert und hatten sich durch allerlei Verwöhnungen locken lassen. Man muß den Transport dieser Leute gesehen haben, um im wahren Sinne von einem Sklavenshandel zu reden. Denn würde von der langen Reise, ausgehört und durchig, schleppten sich die Leute in einem Zuge zu vier und vier nach den für die besten bestimmten Logierhäusern, wo aber nicht genug Raum vorhanden war und mußte denn ein Teil auf einer Strohhofe die Nacht verbringen. Die Sache wurde nun sofort ganz abgelaufen. Aber das die Ende kam nach. Dem den Verbändlern paßte die Sache nicht in den Kram und unterzogen sich denn einige Kameraden der Mühe, die Angekommenen auf die jetzige Lage aufmerksam zu machen, was guten Erfolg hatte. Denn sobald die Arbeiter eingeklärt waren, erklärten fast alle, wir reisen wieder ab. Derselben verstanden denn, was sie noch entbehren konnten, um ja fort zu kommen. Ein Waas diesen Leuten. Der Verwaltung der Sehe Neumühl möchten wir deshalb einige Fingerzeige geben, wie es gemacht wird, um der Verleumdung Einhalt zu tun, damit sie nicht immer in anderen Revieren nach Arbeitskräften zu angeln braucht. Wenn z. B. durch die übertriebene Stoffmenge innerhalb einiger Tage zwei Arbeiter im Förderkorb hochschicklich zerissen und zwei Arbeiter unmittelbar am Schacht tödlich verletzt wurden, braucht man sich nicht zu wundern, wenn es den Kameraden auf Neumühl unheimlich wird. Ferner sollte man die Kameraden etwas humaner behandeln. Nicht wie es Kameraden aus Revier 23 Flöz X passiert ist. Denn am 23. und 24. Oktober sind dort ja 19 Mann zu Tage geklettert, weil sie Berg verfahren sollten, was sie nicht konnten, denn leere Wagen ließ man ihnen nicht zukommen. Die Kameraden hatten also den Lohnausfall für die Schicht. Ferner wurde ihnen als sie beim Obersteiger M. vorstellig wurden, von dem sich zugestellten Betriebsinspektor M. l. e. r. der schöne Trost, wenn die Leute nicht arbeiten wollen, dann laßt sie doch laufen. Auf der einen Seite verspricht man als in der Grubenarbeit unerfahrenen Leuten hohe Löhne, wofür man sie schon jahrelang hier beschäftigt hat, sobald es ihnen nicht möglich ist, Steine zu verpacken, den Laufpaß geben will. Oder glaubt der Herr Betriebsinspektor, daß die Arbeiter Steine fressen können? Der Fahrsteiger S a p p scheint schon dahingehende Anstaltungen erhalten zu haben, denn er will ja die Arbeiter mit Steinen füttern, dieselben sind aber der Meinung, daß ein Neumonierende im Kriegerverein besser solche Sachen verdräuen kann. Also werte Verwaltung in Zukunft die Bergpolizeilichen Vorschriften besser befolgen, auskömmliche Löhne zahlen, die Arbeiter human behandeln, dann sind wir der festen Überzeugung, daß es nicht nötig ist, Arbeiter aus allen Ecken her zu loßen.

Sehe Breußen, Schacht I. Am 25. Oktober erlitt hier ein Kamerad in der Mittagschicht eine schwere Quetschung des rechten Fußes. Um 5 Uhr ereilte denselben das Schicksal und erst um 1/2 Uhr wurde zu Tage gefördert. Derselbe wurde nun sich selbst überlassen bis um 10 Uhr, wo man doch endlich zur Einsicht kam, daß noch nach Hause transportiert werden müsse. So gelang es noch, ihn mit dem Krankenwagen des abends um 1/21 Uhr nach Hause zu bringen. Wer zweifelt da noch an der Humanität der Grubenherren? Der Herr Betriebsführer weiß sich vielleicht noch zu erinnern — wo er, als ein Verlegter mit offenen Türen zu Tage gefördert wurde — meinte, der Verlegte brauchte denn doch nicht so lange am Schachte zu liegen und sich aufzuregen. Aber der erwähnte Fall bringt die Geduld erst recht zum reiben. Allgemein wird hier über die Antreiberei seitens verschwiegener Beamten geklagt, ebenso spielt die Prozentenschulderei eine große Rolle. Möge baldigt Remedur eintreten.

Sehe Schanroed, Schacht I und II. Abrechnung der Unterstützungsliste vom 15. November 1905 bis 30. September 1906. Die Zahl der Belegschaftsmitglieder betrug 2445. An Einnahmen waren verzeichnet: Zinsbar angelegt 77 885,00 Mk., Strafgebu für unreine Kohlen 808 Mk., Sonstige Strafen 201,40 Mk., nicht ausgegabte Pfennige 1315,94 Mk., Verfallene Lohnreste 142,20 Mk., Zinsen 347,65 Mk., Zuwendungen der Gesellschaft 4380,07 Mk., Beitrag der Arbeiter 7567,72 Mk., zusammen 98 033,05 Mk. Demgegenüber steht eine Ausgabe für Verwaltungskosten mit 248,98 Mk. und ausgezahlte Unterstützungen 16 198 Mk., sodas per 1. Oktober 1906 ein Bestand bleibt von 81 651,70 Mk. oder 27,75 Mk. pro Kopf der Belegschaft. Die Arbeiter machten lange Geisler, als sie diese Abrechnung im Fenster sahen. Sie begriffen nicht, wie die Vertrauensmänner sagen konnten, die Kasse sei zu schwach, wenn sich einmal einer um Unterstützung melde. Bei einer Kapitalvermehrung von etwa 4000 Mark dürfte man etwas mehr Entgegenkommen zeigen. Die Belegschaft ist der Meinung, daß wir hier keine Knappschaftskasse nötig haben, oder will man hier ein Kapital aufbauen lassen, um hineinzuwerfen zu können, wenn vielleicht mal ein Massenunfall passiert? Ferner hörte man die Arbeiter sagen, wo kommen die 248,98 Mark Verwaltungskosten her? Im Statut heißt es: Die Ausschussmitglieder übernehmen das Amt als ein Ehrenamt und beziehen keinerlei Entschädigung. Im vorigen Frühjahr setzte der Ausschuss eine Beitragserhöhung von 20 Pfg. auf 30 Pfg. durch, ohne die Belegschaft hierum gefragt zu haben. Oder ist es bloß die Strafbrecher gefragt?

Sehe Seebenplaneten. Auch hier sind Liebeschichten und niedere Löhne an der Tagesordnung. Erpricht man vom Bedinge, daß es zu niedrig sei, so bekommt man zur Antwort: Macht eine Liebeschicht oder geht zum Fahrsteiger. Dieser hingegen sagt wieder, geht zum Steiger und laßt euch etwas zum Bedinge tun. So kann man den Pantoffel zu Plutus laufen, erhält dabei aber nichts. Besonders Steiger M. l. e. r. bekommt nicht eines alten Sprichwortes, denn er lobt sich immer Mer. So meint er öfters: Ich bin doch ein humaner Beamter, der seine Leute etwas verdienen läßt, was aber nicht zufrieden ist, kann gehen, ich habe nichts dagegen. Auch meint er öfters, er wisse auch, wie es armen Leuten zu Mutte sei, denn er sei selbst als Waase aufgezogen worden. Wir können dem Herrn Steiger verraten, daß es auch in kleineren Revieren auch bald wie in einem Wasserkasse vorkommt; was der Wasserkasse resp. Steiger geben will, müssen wir annehmen. Nun zu den Liebeschichten. Samstags passiert es öfters, daß man mit dem zweiten Korb in die Grube, aber mit dem sechsten oder siebenten erst wieder herauskommt. Besonders bei Steiger B o t t e r m i l l e r wird Vieles in Liebeschichten gemacht. Man kann dieses hören, daß die ganze vierte Sohle wieder da ist, d. h. daß Liebeschichten dort gemacht werden. Dann heißt es immer, der Durchschnittslohn ist so und so hoch, aber niemand fragt danach, wieviel Liebeschichten verfahren wurden. Die Geschloßkosten können morgens über ausgegeben werden, denn in der Strecke herrscht solch ein Durcheinander — da die Förderung, bis man kein Geschloß erhält, schon angefangen hat — daß man Arbeit gewesen sein muß, um sich durchzuwinden. In der Wasserkasse sind die Haken zu dicht zusammen, auch könnte dieselbe größer sein. Die Verwaltung schafft vielleicht hier Abhilfe.

Sehe Wunden, Schacht I und II. Auch auf dieser Sehe bleibt noch viel zu wünschen übrig, besonders auf der 220 Meter Sohle bei Steiger B e d e r. Vor ungefähr zwei Monaten hatte man endlich einen Gezehwagen auf dieser Sohle. Doch war unsere Freude nicht von langer Dauer. Nur zwei Tage gönnte man uns diesen Anblick, dann war er wieder verschwunden. Ob er jetzt auf einer anderen Stelle zur Aufahrt steht? Wir sind nun wieder gezwungen, das Gezehe mit auf den Korb zu nehmen, des Morgens könnte das Holz am Schacht besichtigt sein, nicht, daß man schon in aller Frühe falschbrechende Wetterkühnungen machen muß. Steiger B e d e r versteht das Gezeheredustern aus dem ff. Eine Kameradschaft hatte im September 3,75 Mk. eine andere 5,30 Mk. verdient, was doch sicher kein zu hoher Lohn ist, aber Steiger B e d e r dachte anders und reduzierte das Bedinge um 5 Pfg. pro Wagen. Auch hat dieser Herr seine Haue in drei Klaffen eingeteilt. Die erste verdient über 6 Mk. Viele sind es ja gerade nicht. Die zweite 5 bis 6 Mk., die dritte 4 bis 5 Mk. Wer nun das Bede hat in der dritten Klasse zu sein, dem fällt es schwer in eine höhere einzurücken. Um die „Wohlfahrts-einrichtungen“ auf die Höhe der Zeit zu bringen, haben wir auf der Straße vor den Kolonienwohnungen elektrische Anlage. Ich schreibe mit Vorbedacht nicht Licht, denn die Lampen scheinen erst auf eine schlechte Beleuchtung zu warten, um durch ihr Licht die egyptische Finsternis die des Abends hier herrscht, zu durchdringen. Hoffentlich betrachtet man sie nicht länger als Zierat, sondern übergibt sie dem Zwecke, dem sie dienen sollen: Mehr Licht auch hier zu verbreiten.

Sehe Wiedenhäus. Am 20. Oktober war die Belegschaft (Mittagschicht) gezwungen, unfreiwillig 1 1/2 Schicht zu machen. Und was war die Ursache? Ein Wagen war im Schacht heruntergefallen. Nun wäre es wohl noch verzeihlich, wenn es einmal Katastrophen gäbe und die Belegschaft wäre gezwungen, etwas auf die Seilfahrt zu warten, oder von einem anderen Fahrweg Gebrauch zu machen. Doch glauben wir, daß, wenn ein Wagen den Schacht heruntergefallen kann, ebenso gut ein Mensch sein Leben hätte einbüßen können, und das müßte doch vor allen Dingen vermieden werden. Ein Kamerad war nicht gewillt, auf unbestimmte Zeit am Schacht zu liegen und zu frieren, er wollte deshalb die Fahrten beenden. Da wurde ihm aber der Befehl, daß das Seil beschwerlich sei, im Schacht heraus sei es so unge, daß ein Mann sich nur mit knapper Not zwischen den eingebauten Dampf- und Luftzähren hindurchschlingeln konnte. Wir fragen nun die Verwaltung, wie im Falle der Not der zweite Ausweg ist. Denn ein zweites Bornissa sollte doch vermieden werden. Des weiteren eruchen wir die Verwaltung, den Belegschaftsmitgliedern doch bessere Hausbrandkosten zu verabsolgen, da wir der Meinung sind, daß dem Vergnügen, denn es bei seiner saueren Arbeit recht warm wird, auch guter Hausbrand zusteht, damit er nicht zu Hause frieren braucht. Hoffentlich bedarf es nur dieser Zeilen, um Abhilfe zu schaffen.

Sehe Zoller, Schacht II. Auch hier verbat sich der Herr Betriebsführer H a u r a n d durch Anschlag die Zusendung anonymen Briefchen mit dem Bemerkten, dieselben in Zukunft in den Papierkorb zu werfen. Das ist sehr erfreulich. Herr H a u r a n d darf aber noch mehr tun. Vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Nichtbetriebschreiber, die Verbändler, keine Ursache mehr haben, Artikel schreiben zu müssen. Wir empfehlen ihm, sich das gesamte Verhalten des Steigers T i e m a n n etwas gründlich anzusehen. Herr T i e m a n n erlaubt sich den Arbeitern gegenüber eine Sprache, die auch als Zeigerdeutsch keine Ehrentätigkeit hat. Besonders sind es die fremden Kameraden, die seine „Liebenswürdigkeiten“ kennen lernen. So äußerte er in der Grube: „Für Schlesier und Polacken hab' zu Hause nichts zu fressen, darum kommt Ihr hierher.“ Wenn Waschen nehm' ihr das Wasser aus dem Mund in die Hand. Die V i e s t e r mag ich nicht leiden, wenn es nach mir ginge, wäre kein einziger Fremder hier.“ Diese ungläublichen Worte werden wir bei einer eventl. Frage durch Chronologen beweisen. Hoffentlich sorgt die Betriebsleitung für Remedur. Auch darf sie sich bemühen das Gerübe von einem Züger mit einem Jagdschein auf „Schelwit“ aus der Welt zu schaffen. Davon können nicht nur Mond und Sterne sondern auch Freunde einer Wirtschaftlerin etwas aus eigener Wißenschaft erzählen. Was die Spagen von den Schächern preisfen, wird auch jedenfalls der Betriebsleitung bekannt sein. Weil wir Herrn Bergat K e m y geru durch unsere Zeitung über die Zustände in seinem Revier unterrichten, sei ihm mitgeteilt, daß auf Sehe Zoller Schacht II der § 93d des Allgemeinen Berggesetzes abgetreten wird. Die Urgegendichter fahren ohne Zuneigung der achtstündigen Ruhepause abends um 1/4 Uhr wieder an. Für diesmal wollen wir uns begnügen zu bemerken, daß dieses am Samstag den 27. Oktober 1906 abends der Fall war. Herr Kemy, wenden Sie jetzt den § 207 f. an?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Genossenschaft Gertha, Schacht Karl. Hier können die Unorganisierten nicht genug Liebeschichten verfahren. Wenn sich dieselben absolut zu Grunde richten wollen, so ist es Sache der Bergbehörde, einzuschreiten, noch dazu, wo diese Schichtemittler die Arbeiter in einem Zustande verlassen, daß es eine Schande für sie ist als Vergleute, und weil auch die organisierten Kameraden, welche keine Liebeschichten verfahren, den Schaden davon haben. Besonders herrscht diese Lust in Revier des Steigers W a n n g a r t e n. Hat dieser Herr doch schon manchmal gesagt: „Haut Kohlen, wo ihr sie kriegen könnt.“ Auch möchten wir Herrn Baumgarten raten, wenn er vor eine Arbeit gerufen wird, auch zu kommen, denn wir glauben nicht, daß er das Recht hat, sich zu weigern. Ferner kann er sich die Drohungen, daß wir im nächsten Monat Arbeit bekommen sollten, wo wir die Mühe davor ziehen, ersparen, nur weil wir keine Liebeschichten verfahren, mag man sich hüten, uns vor schlechte Arbeit zu stellen. Wir sehen im Revier dieses Herrn noch keine Verhandlungen. Wo befinden sich diese? Riffen, aus Holz zusammengelockt, nennt man hier „Wortkübel“, kein Wortkübel, daß statt frischer Luft ein Pesthauch die Grubenräume durchzieht. Wir sind dank unserer Organisation, nicht mehr gewillt, uns alles bieten zu lassen. Hat Herr Baumgarten denn gar nichts aus dem letzten Streik gelernt? Möge die Verwaltung Remedur schaffen, ehe das Maß überläuft.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schwefeln-Schacht. Erst unlängst haben wir auf die „schönen Titulationen“ hingewiesen, die sich Beamte Arbeitern gegenüber herausnehmen. Obwohl hier Arbeitermangel besteht, so kann dieser Mann es nicht unterlassen, den Arbeitern zu sagen, sie sollten ihr Bündel schütten und sie mit dem Finger in keinem Legikon stehenden Wort „Blimpel“ zu versippen. Zu warnern braucht man sich freilich nicht, daß sich dieser Mann soviel herausnimmt, solange es hier und immer genügend Bergleute gibt, welche das Unternehmerrisikofähigen. Der Feiertag des Arbeiters mit nach Hause nehmen, wird es hier noch nicht anders werden. Außerdem sie nehmen es bloß mit, um es an einem stillen Orte, seinem Werte gemäß zu verwenden. Wenn sich die Kameraden alle organisieren, dem Verbande beitreten, so wird auch die Mißachtung von seiten der Beamten ein Ende nehmen, denn wer sich prügeln läßt, verdient Prügel, so heißt schon ein altes Sprichwort. Deshalb aufgemaht Kameraden, stärkt ihr Reiben eurer kämpfenden Brüder, helft mit ein besseres Los bereiten für euch und eure Familie.

Jedes Stück unter Garantie.

Unerreicht an Pracht und Schönheit ist

Rehfeld's

Engel-Christbaumspitze

in besserer Ausführung, mit dem **Stern von Bethlehem**, drei Kerzenhaltern und drei goldenen schwebenden Engeln, die ein harmonisch abgestimmtes dreifaches Glockengeläute tragen mit drei goldenen aus Engeln bestehenden Mädchen mit den Aufschriften: „Ehre sei Gott in der Höhe!“ und „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Diese Spitze ist die einzige Christbaumspitze, welche auch am schief stehenden Baume unbedingt sicher und tadellos funktioniert, weil alle Glöden in der Balance hängen.

Preis pro Stück 1,20 Mark.
Die billigere Spitze zu 1 Mark führen wir nicht. Porto 20 Pfg. — Nachnahme 30 Pfg. teurer.

18 000 Stück konnten im Vorjahre nicht mehr geliefert werden, deshalb erbitten wir Bestellung möglichst sofort. Bestellung geschieht am sichersten per Postanweisung, da Briefe mit Marken in der jetzt sehr starken Geschäftszeit häufig verloren gehen. Fordern Sie unseren neuen großen Weihnachtskatalog gratis und franko, bevor Sie bestellen.



Fort mit den Glas-Christbaum-Spitzen!
Nur 80 Pfg. kostet meine herrliche Christbaum-Spitze „Engeltraute“ Nr. 110, ft. vernickelt, emig haltbar, mit sechs schwebenden Engeln, drei Kerzenhaltern und drei abgestimmten Glöden. Sobald Sie die drei Kerzen anzünden, dreht sich das Füllgeläute und es ertönt ein harmonisch Geläute, welches die Feststimmung so recht verherzt.

Nr. 117 Engelgeläute mit dem Stern von Bethlehem D. R. G. M. (genau wie Feldnung) in hochfeiner verbesserter Ausführung per Stück nur 1 Mark. — Porto für jede Sendung 30 Pfg. extra.

Von 15 Mk. an franco und noch zwei Geläute gratis.
Bestellen Sie sofort per Postanweisung. — Briefmarken nehme auch in Zahlung. — Nachnahme 20 Pfg. mehr. — Sofort Geld retour, wenn nicht gefüllt.

Wer mein Geläute gesehen hat, ist Käufer.
Gladfeld p. Barton, 12 Stück, von 23 Pfg. an.

Neuester Haupt-Katalog über Weihnachtsgefächte, Glühwaren, Gold-, Silber- u. Lederwaren, Waffen, Haushaltungsgeräde usw. umsonst und franko.

Rehfeld & Backe, Solingen 901.

Fabrik Solingen Stahlwaren und Versandhaus I. Ranges.

Manches Unglück verleiht und große Bequemlichkeit beim Anzünden und Auslöschen der Kerzen bietet unser neuer

Christbaum-Engelgeläute
Nr. 3002, solide u. hübsche Ausführung, aus feinem poliertem Nichteisens, wie Abbildung, pro Stück nur 60 Pfg.

Christbaum-Engelgeläute
Nr. 3001, extra groß, ebenfalls elegant geformt, in hübscher Ausführung, pro Stück nur 1,10 Gebrauchsanweisung liegt bei. Porto bei versch. Einlieferung 30 Pfg. bei Nachnahme 40 Pfg. für jeden der vorher Artikel, am billigsten ist Bestellung per Postanweisung. Anpreisungskatalog über alle ihre Weihnachtsgefächte usw. gratis und franko.

E. Lüttges & Co.
Fabrik ff. Stahlwaren u. Versandgeschäft
Solingen 12

Zusammenschiebbarer Christbaumkerzen-Anzünder
Auslöscher.
D. R. G. M.

Preis nur 60 Pfg. Porto extra. Nur bei uns zu haben.

In herrlicher Märchenpracht erstrahlt ein Weihnachtsbaum mit meinem weltbekanntem

Glas-Christbaumschmuck

Wundervoll! — Unerreicht!

ein welt. geschmackvolles Sortiment meiner anerkannt nur besseren Fabrikate in unübertroffenen diesjährigen Neuheiten in tadellosen, prächtig echt verfertigt, matten und bemalten Gegenständen, in denkbar feinsten und mannigfaltigster Ausführung, als leuchtende Brillantreflexe, leuchtend überspannte Kugeln, leuchtende Glöden, Trompete mit Stimme, Wachsengel mit Lockenhaar und beweglichen Glaskugeln, Brillantreflexe, Eiszapfen, Glöden, Schneemann, Frau Holle mit Hund im Sack, Weihnachtsmann mit Schneemantel, Obst, Luftballon, Ananas, Tanzbar, Rorkäppchen mit Kuchenkörbchen, Geldsack mit 5000. Vogel mit natürlichen Federn, Zuckerschuh, Kanarienvogel im Käfig, Berggeist Rüberzahl, Kruppe mit Christkind, herzliches Blumenmädchen, Torpedo, versende zum äußerst billigen Preise von nur

5 Mark: Sort. I 330 Stück, Sort. II 140 Stück größere, Sort. III 50 Stück feinste ausgewählte Sachen.

Jed. Sort. **gratis ein Glockengeläute**, sowie ein Fischglas mit beweglichen Goldfischen und Fruchtkorb, garniert mit Früchten, gratis bei.

Ein Glockengeläute allein 70 Pfg. ff. Sortiment bis 20 Mark.

Alles von solidem Material hergestellt und jahrelang immer wieder zu gebrauchen.

Für Geschenke und Stückzahl garantiert.

E. Reinhard, Neuhaus am Rennweg, Thür. Nr. 38.
Lieferant fürhl. Höfe. — Grösstes Geschäft der Branche am Platze.
Tausende von Dankschreiben. Die Kisten wurden aufs wärmste in hunderten von Zeitungen empfohlen. Des Raumes wegen nur zwei Dankschreiben: „Die zwei Kisten erhalten, hat mich überaus, was man alles für 5 Mark bekommt. Bitte noch zwei Kisten.“ „Von drei Seiten habe ich bezogen, doch hat mir Ihr Sortiment am besten gefallen usw.“ E. Vorch. 1250



Neu! Neu! Nie dagewesen!

Jubel und Freude

Und höchstes Entzücken — Wird überall Jung und Alt berücken!

Rehfeld's Knusperhäuschen

Das schönste Weihnachtsgeschenk für alle Kinder!

Wer kennt nicht Hänsel und Gretel — Wie sie kamen — verirrt im Walde — Zum Knusperhäuschen — mit Kuchen so fein — Von dem sie aßen so halbe — Nicht ahnend, daß drin eine Hege haust, — Die jeden krafft, der am Häuschen maust.

Das nebenstehende Bild ist die getreue Abbildung des Knusperhäuschen welches in seinen wunderbaren Farben geradezu entzückend ausgeführt ist. Wie ungeheuer groß aber wird die Freude, wenn der Boden mit allerhand Zuckerwert besetzt ist und die 10 erleuchteten rot durchscheinenden Fensterchen in feurigem Licht erstahlen!

Nur bei uns zu haben, weil überhaupt kein anderes Knusperhäuschen existiert.

Nur bei uns zu haben, weil überhaupt kein anderes Knusperhäuschen existiert.

Das Knusperhäuschen ist zum Aufstellen und 31 cm hoch, 34 cm tief, Bodenlänge 48 cm. Der Jubel der Kleinen kennt keine Grenzen, wenn ihnen das liebliche, hell erleuchtete Knusperhäuschen unter dem Weihnachtsbaum entgegenstrahlt!

Drum — unterm Weihnachtsbaum jedes Kind — Rehfeld's Knusperhäuschen find'!

Wer sich ein Knusperhäuschen sichern will, bestelle sofort! Bestellen Sie per Postanweisung (Porto 10 Pfg.), da Briefe mit Briefmarken in der Weihnachtszeit häufig verloren gehen. Fordern Sie unseren neuen großen Weihnachtskatalog, gratis und franko, bevor Sie bestellen.



Kaufet frühzeitig!

Mehr als 100 000 von diesen herrlichen Christbaumgeläuten konnten im vor. Jahre durch die starke Nachfrage nicht geliefert werden. In diesem Jahre bringe ich ein neues Geläute in den Handel, das in seiner Verwendung nicht nur als Baumspitze, sondern auch als Tischgeläute verwandt wird.

6 Schwebende Goldengel

Halten die harmon. abgestimmten Glöden fest, während die silberartige Turbine nach Anzünden der Kerzen die Glöden in Schwingung versetzt, worauf wie aus der Ferne herrührendes Glödengeläute ertönt. Für tadelloses Funktionieren wird garantiert. Das ganze wird von einem wunderbaren Stern überstrahlt. Sobald ich an dem Geläute der sinnreiche Spruch „Ehre sei Gott in der Höhe“ angebracht. Preis 95 Pfg., Porto extra.

Gleichzeitig biete ich meinen bestausgeführten Prachtweihnachtskatalog an, enthaltend: 1 Geläute „Ehre sei Gott in der Höhe“ (wie Abbildung), 12 Stück hochfeine Fantasie-Lamettafester und Figuren, Einzelpreis sonst 15 Pfg. p. Stück. Das Ganze zus. nur 1,80 Mk., Porto extra. Bei Abnahme von vier Geläuten oder zwei Prachtkartons lege ich extra noch 1,200

Mein berühmter Weihnachtskatalog, besonders reichhaltig in allen edelstehenden Kinderspielwaren, sowie sonstigen Stahl-, Gold-, Silber-, Leder- und Haushaltwaren mit 5000 Abbildungen, gratis und franko.

Emil Gustav Maus, Solingen nr. 112, und Versandgeschäft.

Jonass & Co.
Berlin SW. 258
Felle Alliancestraße Nr. 3

Teilzahlungen
die besten Uhren u. Goldwaren.
Jährlicher Versand über 12.000 Uhren.
Liefern gegen kleine monatliche Heber 100,000 Rublen. Viele 1000 Unerfenn. Katalog mit über 1000 Abbildungen gratis u. fr.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren
100 Stück
3 Pfg.-Sig. Mark 2,10 2,20 2,40
4 " " " 2,60 2,80 3,-
5 " " " 3,40 3,60 3,80
6 " " " 4,20 4,50 4,80
8 " " " 5,10 5,60 5,80
10 " " " 6,50 7,- 7,50

Um jeden von der Preiswürdigkeit der Fabrikate zu überzeugen, stehen Musterlisten von 100 Stück in 10 verschiedenen Sorten von je 10 Stück nach beliebiger Wahl zu Diensten.

Carl Streubel, Dresden-N.,
Wettinerstraße 13/12 — 1070
Der neueste Muster-Preislistent wird jedem auf Wunsch gratis zugesandt.

Oberhausen Rhld. An- u. Verkauf
von neuen u. getr. Herren-, Damen- und Kinderleidern, Schuhen, Mänteln, Herden, Nähmaschinen usw. kaufen Sie billig bei dem Verbandsmitglied Friedr. Sturmberg, Städtmannstr. 65 (gegenüber der Milchstr. Kirche)

Strickmaschinen
696
sind das beste Erwerbsmittel. Auch auf Zeitabhl. Muster-Prachtat. geg. 30 Bfa. Briefm. P. Kirsch. Dabrin.

Jeder kaufe Kaffee
direkt vom Importhafen.
Geröstete Kaffeebohnen, per Pfd. 85, 80, 94, 96 und 100 Pfg. 1219
Hotellkaffee, hochfein, p. Pfd. 1,12 Mk.
Samb. Melange, sehr fein, p. Pfd. 1 Mk.
Noß p. Pfd. 71, 79, 85, 95, 98 Pfg.
Preisliste und Proben gratis.

Verband u. Nach. v. 10 Pfd. an frko. Garant.: Zurücknahme d. Nichtkonv. Gustav Westphal, Altona-Hamburg 80.

Billige böhmische Bettfedern
10 Pfund neue gute 8 Mk., bessere 10 Mk.
— weiße, daunenweiche 15 Mk., 20 Mk., schweeweiche daunenweiche 25 Mk., 30 Mk. Versand franko, zufr. p. Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme geg. Porto vergütung gestattet. Auf Wunsch jede Mutter gratis und franko. Benedikt Sackel, Lobes Nr. 200, Post Pflzen, Böhmen. 1150